

N i e d e r s c h r i f t

**der 2. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
24.09.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:01 Uhr bis 20:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 20:10 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 13:14 – 21:00 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:20 – 19:00 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 18:00 Uhr
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 14:31 Uhr
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
René Trömel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion	bis 21:57 Uhr
Dr. Karamba Diaby	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	ab 14:38 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 15:00 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 21:56 Uhr

Dietmar Wehrich
Denis Häder
Yvonne Winkler
Sabine Wolff
Tom Wolter
Helmut-Ernst Kaßner
Markus Klätte
Gisela Wagner
Gerhard Pitsch

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Stadtrat
Stadtrat
Stadträtin
Stadtrat

bis 16:30 Uhr

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Tobias Kogge
Wolfram Neumann
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Anja Schneider

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordneter
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Dr. Annegret Bergner
Josephine Jahn
René Trömel
Dr. Karamba Diaby
Dr. med. Detlef Wend

CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
SPD-Fraktion
SPD-Fraktion

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 2. öffentlichen Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Borchers zum Studienkolleg Halle

Zu Beginn seiner Ausführungen informierte **Herr Borchers**, dass das Studienkolleg ausländische Studierende auf ihr Studium vorbereitet, damit sie berechtigt und in der Lage sind, das Studium erfolgreich abzuschließen. Im derzeitigen Semester hätten sich 1.200 Studierwillige, die aus über 50 Ländern kommen, am Studienkolleg angemeldet.

Laut dem Hochschulstrukturplan sei vorgesehen, das Studienkolleg zu schließen, was bedeute, dass sehr viele ausländische Studierende nicht mehr in Halle bzw. Sachsen-Anhalt studieren könnten.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Borchers**, welche Möglichkeiten man in der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sehe, das Studienkolleg zu erhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass der Vorgang durch die Verwaltung komplett aufgearbeitet werden müsse. Da momentan die nötigen Fakten fehlen, könne er zurzeit keine Aussage dazu treffen.

Ihm sei bekannt, dass sich die Universität zu diesem Thema noch nicht verbindlich geäußert hat und momentan an der Erarbeitung eines Planes arbeite, mit dem sie in weitere Verhandlungen mit dem Ministerium eintreten will.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte den Vorschlag, gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Sträter, Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, das Gespräch zu suchen und dann Herrn Borchers eine schriftliche Antwort zu seinem Anliegen zukommen zu lassen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Borchers**, ob die Teilnahme eines Vertreters des Studienkolleg an dem Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Sträter möglich wäre, sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eine Abstimmung zu. Er wolle zudem das Gespräch mit Herrn Borchers führen, um sich über Fakten und die Problemlage des geschilderten Sachverhaltes zu informieren.

Herr von Sivers zur Errichtung eines Denkmals

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung von Teilen der Bürgerschaft der Stadt Halle mit den in der Stadt lebenden Roma fragte **Herr von Sivers** an, in wie weit sich die Stadtverwaltung und die Stadträte dieser Problematik annehmen wollen.

Er machte den Vorschlag, eine Stele bzw. ein Denkmal zu errichten, was zum Beispiel bei der Neugestaltung des Steintors berücksichtigt werden könnte oder an der Stelle des ehemaligen Lagers der Roma und Sinti in der Geschwister-Scholl-Straße.

Er könne sich vorstellen, in den Wettbewerb zur Gestaltung eines solchen Denkmals die Künstler der Stadt Halle (Saale) und die Kunststudenten der Burg Giebichenstein mit einzubeziehen, um in der Stadt eine Diskussion zu führen.

Gleichzeitig sollte das Stück „Zwangsterilisiert“, welches ehemals vom Thalia Theater aufgeführt wurde, wieder aufgeführt und dazu genutzt werden, um mit diesem Stück an den Schulen Aufklärungsarbeit zu leisten, um die Schülerinnen und Schüler über dieses Thema aufzuklären und in den Dialog einzutreten.

Ebenso bat er um die Bildung einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema, in welcher er sich engagieren wolle.

Abschließend kritisierte **Herr von Sivers** auch die Wohnungsgenossenschaft, welche seiner Meinung nach unsensibel die Familien der Roma in diesem Stadtteil angesiedelt hat, ohne vorher mit den Einwohnern darüber zu sprechen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für die Anregung. Er werde eine Diskussion in den Fachausschüssen dazu führen lassen, um ein förmliches Verfahren zu haben, damit sich auch die Stadträte mit der Anregung befassen können. Er machte den Vorschlag, Herrn von Sivers zum entsprechend zuständigen Ausschuss einzuladen, damit dieser an der Ausschusssitzung zu diesem Thema teilnehmen könne.

Herr Kreller zu persönlichen Angelegenheiten und Radfahrer in der Leipziger Straße

Herr Kreller informierte darüber, dass er aufgrund von Ärztefehlern sein rechtes Bein verloren habe und mit seiner jetzigen Rente Grundsicherung bekomme. Er möchte gern wissen, weshalb sich die Stadt Halle in ein laufendes Verfahren gegen seinen Vermieter einmischt und das Geld, was ihm zusteht, an den Vermieter überweist.

Des Weiteren kritisierte er den Zustand in der Leipziger Straße. Er habe einen Unfall mit seinem Rollstuhl gehabt. Dabei sei er von einem Fahrradfahrer angefahren worden. Er fragte den Oberbürgermeister, was dieser dagegen tun wolle, damit sich der Zustand mit den Radfahrern in der Leipziger Straße ändert und forderte dazu auf, die Strafen drastisch zu erhöhen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies bezüglich der Frage zur Grundsicherung darauf, dass es sich um eine persönliche Angelegenheit handelt und er einen Termin mit dem Beigeordneten für Bildung und Soziales, Herrn Kogge, vermitteln wird. Herr Kogge werde Kontakt mit ihm aufnehmen und ihn zu einem persönlichen Gespräch einladen.

Im Hinblick auf die Radfahrer in der Leipziger Straße führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass regelmäßig Kontrollen gemeinsam mit der Polizei durchgeführt werden.

Über die Höhe des Strafbetrages könne man nachdenken. Er werde die Beschwerde und Bitte weitergeben, dass in diesem Bereich häufiger Kontrollen bezüglich Radfahrer stattfinden sollten.

Herr Thomas zum Stadtbahnprogramm

Herr Thomas informierte darüber, dass am 25. Juni 2014 der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nr. V/2014/12898 beschlossen wurde. Darin sei in Punkt 2 festgelegt, dass neue Vorzugsvarianten erarbeitet und vorgelegt werden, alle Gebäude erhalten bleiben sollen und nur eine Fahrtrichtung mit gesondertem Bahnkörper umgesetzt wird.

Im Quartalsbericht 2014 heißt es dagegen, dass der Stadtrat in der Sitzung vom 25. Juni 2014 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt hat, den Gestaltungsbeschluss vom 25. November 2013 zurückzunehmen.

Es wurde der Prüfauftrag erteilt, beide Varianten zu untersuchen, die den Erhalt des Gebäudes Böllberger Weg 188 ermöglichen. So soll zum Beispiel die Verschiebung des Hauses geprüft werden.

Seiner Auffassung nach spreche der Beschluss von Juni 2014 im Punkt 2 von einer Vorzugsvariante und der Quartalsbericht von weiteren Varianten.

Im Beschluss steht Verzicht auf einen gesonderten Gleiskörper in eine Fahrtrichtung und der Quartalsbericht redet über Verschiebung als Auftrag.

Der Beschluss von Juni meint Erhalt der Gebäude auf West- und Ostseite der Straße und der Quartalsbericht nur vom Künstlerhaus 188.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Thomas** an:

1. Wie erklärt die Stadtverwaltung die Abweichungen der Auswirkungen im Quartalsbericht zum Stadtbahnprogramm Böllberger Weg Nord bezüglich der Beschlussfassung V/2014/12898 in Punkt 2 vom 25. Juni 2014?
2. Wird hier absichtlich der Stadtratsbeschluss umgedeutet?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass dem Stadtrat im Wege einer Beschlusskontrolle zur Abarbeitung des gefassten Beschlusses die Unterlagen vorlägen. Die Verwaltung habe eine Vielzahl von Ansätzen noch einmal nach verschiedenen Kriterien, insbesondere Regelkonformität und Funktionalität geprüft. Auch liege eine Stellungnahme des Fördermittelgebers für die Behandlung zum Thema Vorzugsvariante vor, die im Planungsausschuss im Oktober umfangreich mit den dort zum Böllberger Weg 188 vorliegenden Anträgen behandelt werden soll.

Die Interpretation, wie der Maßnahmeträger im Quartalsbericht den Beschluss wiedergegeben hat, sei keine Veränderung der Arbeitsgrundlage der Verwaltung gewesen, die den Auftrag so abgearbeitet hat, wie er jetzt mit der Beschlusskontrolle unterbreitet wurde.

Abschließend machte er darauf aufmerksam, dass die Verwaltung den Stadtratsbeschluss umsetzt, denn die Arbeitsaufträge erhalte man durch die Beschlussfassung und nicht durch die Formulierung im Quartalsbericht. Sollte dieser so missverständlich sein, werde man die HAVAG darauf hinweisen, das nächste Mal den Stadtratsbeschluss zu zitieren, um eine Fehlinterpretation auszuschließen.

Herr Boné zu Baumaßnahmen am Herdergymnasium

Herr Boné stellte sich als Elternvertreter am Herdergymnasium vor und berichtete darüber, dass der Elternschaft und auch der Schülerschaft mehrfach öffentlich und in zahlreichen

Sitzungen zugesagt worden war, mit einem pünktlichen Baubeginn der Instandsetzungsmaßnahmen am Herdergymnasium in der Friesenstraße zu beginnen.

Erst auf die Nachfrage der Elternschaft bei Herrn Bielecke, amt. Abteilungsleiter Hochbau, bzw. Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Bildung, am 08.09.2014 wurde man über eine Verzögerung der Baumaßnahme informiert.

Herr Boné fragte nach:

1. Warum wurde in den mehrfach der Elternschaft und der Schülerschaft benannten und zugesagten Zeitraum mit den nach dem Bauarbeitsablaufplan geplanten Arbeiten ab dem 01.07.2014 beispielsweise mit den Arbeiten an den Elektrokabeln sowie ab dem 15.07.2014 mit Aufschachtungsarbeiten nicht begonnen?
2. Wann hat man entschieden, später als zugesagt mit diesen Arbeiten zu beginnen, womit die zugesagte Bauzeit von Juli 2014 bis Februar 2015 jetzt schon nicht mehr eingehalten werden kann?

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, führte dazu aus, dass mit der Schulleitung abgestimmt wurde, zur Sicherstellung des Abiturs den Auszug in den Sommerferien 2014 und den Wiedereinzug ebenfalls in den Sommerferien 2015 durchzuführen. Dies bedeute, dass die Schüler das gesamte Schuljahr im Ausweichquartier bleiben.

Ein Umzug innerhalb des Schuljahres wurde mit der Schulleitung geprüft, was jedoch durch die Lehrerschaft auf Grund der kurzen Fristen abgelehnt wurde.

Die Bauzeit betrage insgesamt nur acht Monate und wird auch eingehalten. Momentan beginnen vorbereitende Arbeiten. Der Einzug soll pünktlich im Sommer des nächsten Jahres erfolgen.

Der angedachte frühere Termin der Bauarbeiten war dem geschuldet, dass man noch davon ausgegangen war, dass ein unterjähriger Rückzug in die Schule möglich ist. Zur Sicherstellung des Abiturs habe man sich aber dazu entschieden, ein gesamtes Schuljahr im Ausweichstandort zu bleiben.

Den Termin, wann diese Entscheidung gefasst wurde, konnte **Herr Beigeordneter Neumann** nicht nennen, wird ihn aber schriftlich an Herrn Boné mitteilen.

Herr Fritz zum Rechtsgutachten und Klageverfahren zum Böllberger Weg

Herr Fritz informierte darüber, dass er sich seit geraumer Zeit darum bemüht habe, sowohl in die Klageschrift bezüglich der nicht erteilten Abrissgenehmigung Künstlerhaus 188, als auch in das Rechtsgutachten Einsicht nehmen zu können.

Zunächst hätten sich die Stadtwerke auf ihren privatrechtlichen Status zurückgezogen und auf das Körperschafts- und Gesellschaftsrecht verwiesen. Später habe man versucht, auf das Informationszugangsgesetz und letztendlich auf das Aktienrecht verwiesen.

Jetzt habe er in der Stellungnahme der Verwaltung im Tagesordnungspunkt 9.15 zur Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA von rechtlichen Hinderungsgründen zur Herausgabe der Unterlagen gelesen.

In der Stellungnahme wurde auch die Beiladung der Stadt zum Verfahren vor dem Verwaltungsgericht wegen der Klage, die über die HAVAG dort eingesteuert wurde, erwähnt.

Seiner Meinung nach sehe auch das Gericht die Stadt in dieser Angelegenheit in der Verantwortung.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Fritz**:

1. Wann und durch wen wurde entschieden, jegliche Rechtsgutachten beziehungsweise Informationen über diese Rechtsgutachten und darüber, dass die HAVAG die Klageschrift als Bevollmächtigte gefertigt hat, ebenso über ihren Inhalt, keinesfalls in die Hände Dritter gelangen zu lassen?
2. Gibt es dazu eine Entscheidung des Steuerkreises?
Wurde diese Entscheidung in einem Protokoll festgehalten?
Kann man die Protokolle des Steuerkreises an irgendeiner Stelle einsehen?
3. Hat der Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit eine eigene Entscheidung getroffen, also Herausgabe oder Verweigerung?
Und wenn ja, wie ist die ausgefallen?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, berichtete, dass er sowohl über die Geschäftsführung der Stadtwerke, als auch von der Geschäftsleitung der HAVAG versucht habe, eine Kopie der Klageschrift für die Stadträte zu bekommen. Durch beide wurde ihm mitgeteilt, dass dies nicht möglich ist und ihm obliege kein Weisungsrecht gegenüber der HAVAG bzw. dem Stadtwerkekonzern.

Als Begründung der Ablehnung wurden unternehmerische Gründe angeführt und das laufende Klageverfahren sowie berechnete Interessen des Unternehmens angegeben. Die Geschäftsführung der HAVAG habe ganz klar darauf hingewiesen, dass sie die ihnen obliegenden Pflichten nicht erfülle, wenn sie die Klageschrift zur Verfügung stellen würde.

Bezüglich des städtischen Teils zum Klageverfahren führte **Herr Beigeordneter Stäglin** aus, dass die Stellungnahme der Verwaltung mit juristischer Unterstützung des Fachbereiches Recht geprüft wurde. Diese könne den Stadträten als nicht öffentliches Dokument unter klarer Hinweisung auf die Vertraulichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Fritz zu Protokollen des Stadtbahnprogramms teilte er mit, dass in den Sitzungen zum Stadtbahnprogramm keine separate Beschlussfassung erfolgte. Bei Bedarf werde er den Sachverhalt noch einmal aufbereiten lassen und ihm zuleiten.

Herr Fritz machte darauf aufmerksam, dass im Grundsatzbeschluss von 2011 in Grundstücksangelegenheiten in Bezug auf künftige städtische Flächen bzw. Kauf von Flächenanteilen die HAVAG lediglich als Bevollmächtigte geführt wurde.

Nach seiner Auffassung sei damit die Stadt immer noch Besitzer der Flächen und auf diese Position beziehe er sich, bei seiner Anfrage, in welcher es nicht um Zahlen der HAVAG gehe

Herr Beigeordneter Stäglin informierte abschließend, dass ein umfangreiches Schreiben der Stadtverwaltung mit der rechtlichen Aufbereitung des Themas an Herrn Fritz unterwegs sei.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 2. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 48 Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Herr Lange informierte darüber, dass Herr Kaßner eine Erklärung abgeben wolle und erteilte ihm das Wort.

Herr Kaßner, Stadtrat, erklärte, dass mit dem Austritt von Frau Wagner aus der AfD-Fraktion die Arbeit der Fraktion abrupt beendet wurde. Der Schritt werde von Herrn Klätte und ihm bedauert, aber auch akzeptiert.

Zur Fraktionsgründung habe man sich vereinbart, sowohl schriftlich als auch mündlich eine zuverlässige Arbeit im Stadtrat abzugeben.

Mit der Gewinnung von Fraktionsmitarbeitern habe man diesen jetzt eine Perspektive genommen und es wäre aus seiner Sicht anständig gewesen, dies zur Gründung der Fraktion besser zu bedenken.

Unabhängig davon bedankte sich **Herr Kaßner** bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Unterstützung und den Fraktionen für den fairen Umgang mit der Fraktion. Man habe sich angenommen gefühlt und auf die Arbeit als Fraktion sehr gefreut.

Herr Klätte und er versichern, dass sie auch ohne Fraktion versuchen werden, eine verlässliche Arbeit abzuliefern.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, nachfolgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.2 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Wissenschaft und Arbeit
Vorlage: V/2014/12829
Wurde im Hauptausschuss vertagt.
- 7.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt (V/2014/12794)
Vorlage: V/2014/12865
Erledigt - Änderungen vom Antragsteller übernommen.
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2014/12388
Wurde im Hauptausschuss vertagt.
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen
Vorlage: V/2014/12602
Wurde in den Fachausschüssen vertagt.
- 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt von Turnhalle und Nebengebäude des Künstlerhauses 188
Vorlage: V/2014/12748

Wurde in den Fachausschüssen vertagt.

- 7.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse
Vorlage: V/2014/12753
Wurde in den Fachausschüssen vertagt.

Herr Lange informierte, dass folgende Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

- 6.31 Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen nach dem Hochwasser 2013 und Beschluss zur Höhe und Veränderung der Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser des Landes Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00119

Zur Begründung der Dringlichkeit führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass es Nachmeldungen bezüglich der Investitionen nach dem Hochwasser 2013 gegeben habe und die Beschlussfassung notwendig sei, um den weiteren Verfahrensprozess fortführen zu können.

Herr Lange bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt
Vorlage: VI/2014/00119

Damit wird die Dringlichkeitsvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 6.31 behandelt.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, bat darum, den Tagesordnungspunkt

- 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Erbbauverhältnis
Vorlage: VI/2014/00155

in den nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung zu verschieben.

Herr Lange teilte weitere Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung mit:

- 6.19 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Planungs- und Bauleistungen zur Maßnahme HFC-Nachwuchszentrum zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Haushaltsjahr 2014
Vorlage: VI/2014/00128
Hierzu liegt eine Änderung im Beschlusstext vor.
- 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt
Vorlage: V/2014/12794
Der Antragstext wurde durch den Antragsteller geändert.
- 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu einem

Erbbauverhältnis
Vorlage: VI/2014/00155
Wird im nicht öffentlichen Teil behandelt.

- 8.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Beschluss des Stadtrats zum gemeinsamen Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein,, (V/2014/12603), Widerspruch gegen die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes
Vorlage: VI/2014/00134
Hierzu wurde der Beschlusstext durch die Antragsteller geändert.
- 8.10 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überprüfung der Stadtratsmitglieder auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR
Vorlage: VI/2014/00117
Hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion vor.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, stellte im Namen seiner Fraktion den Antrag den Tagesordnungspunkt

- 8.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Rücknahme des Beschlusses Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA - Gestaltungsbeschluss (Vorlage: V/2012/11289) vom 27.11.2013
Vorlage: VI/2014/00145

auf die nächste Stadtratssitzung zu vertagen, da die Verwaltung für die Stadtratssitzung im Oktober die Vorlage eines Teilungsbeschlusses für die gesamte Maßnahme angekündigt habe.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass der Beschluss dann auch im nächsten Planungsausschuss vorberaten werden muss. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stimmte dem zu.

Herr Lange bat um Abstimmung zur Vertagung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte darüber, dass seine Fraktion auf Grund dessen, dass man aus der Zeitung erfahren habe, dass der Oberbürgermeister einen „Geheimplan“ habe, den Tagesordnungspunkt

- 8.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anschaffung von Pfandringen
Vorlage: VI/2014/00135

als erledigt betrachtet.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erklärte im Namen der Antragsteller den Tagesordnungspunkt

- 7.1 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Absicherung des Ballsports (Basketball und Handball)
Vorlage: V/2014/12637

als erledigt und bedankte sich bei der Verwaltung, dass vergleichbare Trainingszeiten für den Wegfall der Turnhalle Burgstraße bereitgestellt werden.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte an, weshalb das Thema zum Tagesordnungspunkt

8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Erbbauverhältnis
Vorlage: VI/2014/00155

in den nicht öffentlichen Teil verschoben wurde.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die Bitte von Herrn Dr. Meerheim, dieses Thema im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung behandeln zu wollen.

Dazu teilte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, mit, die Frage auch schon im Finanzausschuss gestellt zu haben. Dort wurde durch Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht, mitgeteilt, dass es um Angelegenheiten Dritter gehe und deshalb im nicht öffentlichen Teil behandelt werden muss. Aus diesem Grund wurde das Thema im Finanzausschuss im nicht öffentlichen Teil besprochen. Die Diskussion dazu sollte deshalb in der Stadtratssitzung ebenfalls im nicht öffentlichen Teil erfolgen.

Herr Bönisch fragte nach, in wie fern es sich um Angelegenheiten Dritter handeln würde. Aus der Sicht seiner Fraktion wäre eine öffentliche Behandlung des Themas notwendig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass Vereine und Betreiber betroffen seien und die persönlichen Rechte Dritter betroffen sind. Aus diesem Grund habe man keine Wahl, da solche Sachverhalte immer nicht öffentlich zu verhandeln sind.

Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, beantragte, den Tagesordnungspunkt

8.11 Antrag der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zur Entwicklung eines Konzeptes zur Standortplanung von Mobilfunksendeanlagen
Vorlage: VI/2014/00111

zu vertagen, da er noch im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten behandelt werden soll.

Herr Lange bat um Abstimmung zur Vertagung auf die nächste Stadtratssitzung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Abschließend teilte **Herr Lange** mit, dass zu den Tagesordnungspunkten

10.6 Mitteilung Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

10.7 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen

10.8 Information zu den rechtlichen Grundlagen der Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse
Vorlage: VI/2014/00181

- 10.9 Nutzung des Stadtwappens für Stadtratsfraktionen
- 10.10 Information zur weiteren Verfahrensweise bei der Umsetzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen
Vorlage: VI/2014/00191

die Vorlagen im Session jetzt vorliegen würden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2014
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 02.07.2014
 - 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.07.2014
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 16.07.2014
 - 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters
- 6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00158
 - 6.2 *Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Wissenschaft und Arbeit*
Vorlage: V/2014/12829 *vertagt*
 - 6.3 Nachbesetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2014/00143
 - 6.4 Wahl eines Wahlbevollmächtigten und dessen Vertreter zur Vorbereitung der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Halle
Vorlage: VI/2014/00130
 - 6.5 Mitgliedschaft im Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“

Vorlage: VI/2014/00071

- 6.6 Jahresabschluss 2013 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: VI/2014/00054
- 6.7 Jahresabschluss 2013 der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH
Vorlage: VI/2014/00041
- 6.8 Jahresabschluss 2013 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: VI/2014/00043
- 6.9 Jahresabschluss 2013 der Bio-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: VI/2014/00046
- 6.10 Jahresabschluss 2013 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VI/2014/00055
- 6.11 Jahresabschluss 2013 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: VI/2014/00056
- 6.12 Jahresabschluss 2013 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: VI/2014/00066
- 6.13 Jahresabschluss 2013 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt GmbH
Vorlage: VI/2014/00067
- 6.14 Jahres- und Konzernabschlusses 2013 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
Vorlage: VI/2014/00068
- 6.15 Jahresabschluss 2013 der Flugplatzgesellschaft Halle/Oppin
Vorlage: VI/2014/00069
- 6.16 Jahresabschluss 2013 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss
Vorlage: VI/2014/00070
- 6.17 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: V/2014/12764
- 6.18 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Freiflächengestaltung Steintor
Vorlage: VI/2014/00036
- 6.19 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Planungs- und Bauleistungen zur Maßnahme HFC-Nachwuchszentrum zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Haushaltsjahr 2014
Vorlage: VI/2014/00128
- 6.20 Einziehung des Parkplatzes im westlichen Robinienweg
Vorlage: V/2014/12840

- 6.21 Bebauungsplan Nr. 32.10 Heide-Süd - Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12876
- 6.22 Bebauungsplan Nr. 32.10 Heide-Süd - Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12877
- 6.23 Bebauungsplan Nr. 70.3 "Büschdorf Nord-Ost II, Am Diemitzer Graben" -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12833
- 6.24 Bebauungsplan Nr. 70.3 "Büschdorf Nord-Ost II, Am Diemitzer Graben" -
Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12834
- 6.25 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 29
„Sonderbaufläche Sportpark Karlsruher Allee“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12936
- 6.26 Bebauungsplan Nr. 167 "Sportpark Karlsruher Allee" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12935
- 6.27 Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)/Ausweisung
eines Nahversorgungszentrums Ammendorf - Entwurf
Vorlage: V/2014/12939
- 6.28 Bürgerhaushalt Vorschlag B-42 Wasserspielplatz und Parkanlagen in Heide-Süd
Vorlage: V/2014/12469
- 6.29 Bestellung eines Beschäftigtenvertreters für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes
für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2014/12894
- 6.30 Besetzung von Aufsichtsgremien (Beirat) des Jobcenters Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00031
- 6.31 Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen
nach dem Hochwasser 2013 und Beschluss zur Höhe und Veränderung der
Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser des Landes
Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00119
- 7. Wiedervorlage
- 7.1 *Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Absicherung des Ballsports (Basketball und Handball)*
Vorlage: V/2014/12637 erledigt
- 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der
Fraktion DIE LINKE. - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt
Vorlage: V/2014/12794
- 7.2.1 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. - Halle (Saale) wird
Fairtrade-Stadt (V/2014/12794)*

- 7.3 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung*
Vorlage: V/2014/12388 vertagt
- 7.4 *Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen*
Vorlage: V/2014/12602 vertagt
- 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) in das Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland
Vorlage: V/2014/12801
- 7.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufwertung der Gesamtanlage um den Taubenbrunnen in Halle-Neustadt
Vorlage: V/2014/12818
- 7.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Neuausrichtung und Umsetzung eines verwaltungsinternen Immobilienmanagements
Vorlage: V/2014/12821
- 7.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung von Klarnamen beim Bürgerhaushalt 2015
Vorlage: V/2014/12606
- 7.9 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage einer Beschlussvorlage zur Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale) und zur Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf
Vorlage: V/2014/12811
- 7.10 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt von Turnhalle und Nebengebäude des Künstlerhauses 188*
Vorlage: V/2014/12748 vertagt
- 7.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12622
-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -
- 7.12 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse*
Vorlage: V/2014/12753 vertagt
- 7.13 Antrag der Stadträtin Sabine WOLFF (NEUES FORUM) zur Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik
Vorlage: V/2014/12809
- 7.14 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12725
- 7.15 Antrag des ehemaligen Stadtrates Olaf Sieber zur Anpassung der Entfernung zwischen Wohnung und Haltestelle

Vorlage: V/2014/12798

- 7.16 Antrag des ehemaligen Stadtrates Olaf Sieber zur Schaffung barrierefreier Einstiege an allen nicht straßenmittig gelegenen Bushaltestellen
Vorlage: V/2014/12828
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Gemeinsamer Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion, der Fraktion der Alternative für Deutschland, der Fraktion der MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM und DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) zum Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: VI/2014/00118
- 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung des Bildungsausschusses mit einem sachkundigen Einwohner
Vorlage: VI/2014/00131
- 8.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung des Sportausschusses mit einem sachkundigen Einwohner
Vorlage: VI/2014/00142
- 8.4 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle(Saale) und der SPD Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung einer Denkmal-Skulptur zur Würdigung moderner Architektur und Baukonstruktion in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2014/00154
- 8.5 - dieser Top wurde im nicht öffentlichen behandelt -
- 8.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Beschluss des Stadtrats zum gemeinsamen Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein,, (V/2014/12603), Widerspruch gegen die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes
Vorlage: VI/2014/00134
- 8.7 *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anschaffung von Pfandringen*
Vorlage: VI/2014/00135 *erledigt*
- 8.8 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Rücknahme des Beschlusses Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA - Gestaltungsbeschluss (Vorlage: V/2012/11289) vom 27.11.2013*
Vorlage: VI/2014/00145 *vertagt*
- 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM für eine alternative Prüfung des Vorhabens Sanierung der Hochstraße
Vorlage: VI/2014/00150
- 8.10 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überprüfung der Stadtratsmitglieder auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR
Vorlage: VI/2014/00117
- 8.10.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

VI/2014/00117
Vorlage: VI/2014/00202

- 8.11 *Antrag der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zur Entwicklung eines Konzeptes zur Standortplanung von Mobilfunksendeanlagen*
Vorlage: VI/2014/00111 vertagt
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Beschluss - Eisenbahnbrücke am Rosengarten und Vierspurigkeit Merseburger Straße
Vorlage: VI/2014/00132
- 9.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Verwaltung von Wohnungen
Vorlage: VI/2014/00133
- 9.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur inneren Organisation der Verwaltung
Vorlage: VI/2014/00141
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Ampelschaltung Delitzscher Straße/Grenzstraße
Vorlage: VI/2014/00139
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Arbeitszeiteinsatz städtischer Mitarbeiter
Vorlage: VI/2014/00140
- 9.6 Anfrage der Stadträte Dr. Rüdiger Fikentscher (SPD) und Dr. Ulrike Wünscher (CDU) zum Investitionsstau auf kommunalen Friedhöfen
Vorlage: VI/2014/00129
- 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Wächterhäusern (Bürgerhäuser) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12888
- 9.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Umsetzung des Beschlusses V/2014/12680- zur Zukunft des Stadtbades
Vorlage: VI/2014/00144
- 9.9 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Sachstand der strategischen Sozialplanung
Vorlage: VI/2014/00136
- 9.10 Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadtratsfraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes
Vorlage: V/2014/12597
- 9.11 Anfrage des Stadtrates Kay Senius (SPD) zu Schulverweigerung und Schulabbruch
Vorlage: VI/2014/00137
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Pyrolyseanlage am Hafen Halle
Vorlage: VI/2014/00146
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadtbad

Vorlage: VI/2014/00147

- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Vorhaben Fuß- und Radweg Hafenbahntrasse und straßenbegleitender Geh- und Radweg Halle-Osendorf
Vorlage: VI/2014/00148
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA
Vorlage: VI/2014/00149
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkauf und Kauf von Flächen am Hufeisensee
Vorlage: VI/2014/00152
- 9.17 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zu dem Fußgängerüberweg von den Bushaltestellen der Linien 26 und 43 zum HEP
Vorlage: V/2014/12937
- 9.18 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur organisierten Bettelerei in der Innenstadt von Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12938
- 10. Mitteilungen
- 10.1 Quartalsbericht II/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2014/00005
- 10.2 Informationsvorlage zum Ergebnis der Standortuntersuchung für die Ausweisung eines Nahversorgungszentrums im südöstlichen Stadtbereich
Vorlage: V/2014/12940
- 10.3 Turnusmäßige projektorientierte Berichterstattung des FB Bauen
Statusberichte für die Bauprojekte Radweg Kröllwitz, Haupterschließungsstraße 4. Abschnitt, Gewerbegebiete Halle-Ost sowie ÖPNV-Schnittstelle Halle-Nietleben
Vorlage: VI/2014/00073
- 10.4 Mitteilung zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 23 Teilfläche "Hufeisensee"
- 10.5 Überbringung einer Grußbotschaft der kanadischen Stadt Sherbrooke (Quebec) durch die Stadträtin Frau Wagner
- 10.6 Mitteilung Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)
- 10.7 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen
- 10.8 Information zu den rechtlichen Grundlagen der Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse
Vorlage: VI/2014/00181
- 10.9 Nutzung des Stadtwappens für Stadtratsfraktionen
- 10.10 Information zur weiteren Verfahrensweise bei der Umsetzung personalwirtschaftlicher

Maßnahmen
Vorlage: VI/2014/00191

11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 56. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2014.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 02.07.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der konstituierenden öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 02.07.2014.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.07.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 1. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 16.07.2014.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 16.07.2014

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgenden in der Stadtrats-sitzung am 16.07.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschluss:

Rechtsstreit mit dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt wegen

Mittelzuweisung nach dem ÖPNVG LSA für das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00021

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 12.06.2014 über die Mittelzuweisung zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs für das Kalenderjahr 2013 Klage vor dem Verwaltungsgericht Halle zu erheben.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass er die geplanten Investitionen aus dem Jahr 2014 bis 2019 in Höhe von 1,5 Milliarden Euro schon in der letzten Stadtratssitzung ausführlich erörtert habe.

Diese zu investierenden Millionen ermöglichen der Stadt, den Stadtbau innerhalb der Stadt Halle (Saale) weiter voranzutreiben und darüber hinaus weitere Infrastrukturmaßnahmen umzusetzen.

Innerhalb der Verwaltung werden momentan viele einzelne Investitionsmaßnahmen im Hinblick auf die Randbereiche überprüft und Ergänzungen in die jeweiligen Ausschüsse und zur Entscheidung in den Stadtrat eingebracht.

Die einmalige Chance und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten dürfe sich die Stadt nicht entgehen lassen und es müsse intensiv an der Umsetzung gearbeitet werden.

Für den Umbau des Rannischen Platzes, welcher in den 1,5 Milliarden Euro enthalten ist, betragen die Gesamtkosten 5,2 Mio. Euro. Der Baubeginn erfolge am 13.10.2014. Anschließend erfolgt der Umbau des Steintors. Baubeginn sei hier im Juni 2015 mit einem Gesamtkostenansatz von 21 Mio. Euro.

In Bezugnahme auf das Mitteldeutsche Multimediazentrum führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass man weiterhin im Zeitplan liege und sich eng mit der Staatskanzlei und dem Finanzministerium abstimme.

Weiterhin informierte er über den Ausbau des Bahnknotens Halle (Saale), der mit Investitionen in Höhe von 7,5 Mio. Euro verbunden sei. Die Bahn plane neben der Zugbildungsanlage ein Museum und ein ICE-Reparaturwerk. Es erfolgt eine enge Abstimmung mit dem Fachbereich Planen, da auch einzelne Gebäude, die an der Bahntrasse liegen, einbezogen werden und so die Möglichkeit einer weiträumigen Umgestaltung besteht Ebenfalls sei der komplette Umbau des Hauptbahnhofes im 4. Bauabschnitt geplant.

Zum Künstlerhaus äußerte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend, dass mit der Beschlussfassung zur heutigen Tagesordnung bereits entschieden wurde, den Antrag auf Erhalt des Künstlerhauses 188 in den Planungsausschuss zu verweisen.

Bezüglich des Gimritzer Dammes wurde vom Landesverwaltungsamt signalisiert, dass die Entscheidung im September getroffen werden soll und anschließend mit Fortschritten im Hinblick auf die Linienführung zu rechnen ist.

In Bezug auf die Flutmittel informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über einige Veränderungen. Die Stadt habe zu Beginn 280 Schadensfälle gemeldet. Realistisch können zurzeit 240 Schäden mit einer Gesamtsumme von 254 Mio. Euro angemeldet werden.

Zur Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft (EVG) teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass in den letzten Monaten zielstrebig an der Umstrukturierung gearbeitet wurde, um sehr zügig die entsprechenden Weichenstellungen für eine Fortentwicklung der Gesellschaft durchzuführen. Die Verwaltung arbeite sehr intensiv mit den Aufsichtsräten an der Neustrukturierung der Gesellschaft.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter darüber, dass ein umfangreicher Bericht zur Umstrukturierung schon im Wirtschaftsausschuss vorgestellt wurde. Hier wurden Aussagen zu den einzelnen Aufgaben von EVG und Dienstleistungszentrum Wirtschaft gemacht.

Ein zentraler Ansprechpartner für die Ansiedlungsakquise kommt aus der künftigen Ansiedlungs GmbH. Im Dienstleistungszentrum Wirtschaft wird es den Gegenpart dazu geben, um innerhalb der Verwaltung schnell agieren zu können.

Die Bearbeitungszeiten für Investorenanfragen sind mittlerweile auf ein bis zwei Wochen gesunken. Darauf seien sämtliche Strukturpläne abgestellt und die Verwaltung werde den Star-Park in den nächsten Monaten sehr intensiv vermarkten und anbieten.

Bezüglich des Gasometers werden die Vorlagen seitens der Verwaltung gemeinsam im November 2014 vorgelegt.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlage: VI/2014/00158

Haushaltsrede Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Zum Einstieg in die Diskussion zum Haushalt führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass es wieder gelungen sei, einen ausgeglichenen Haushalt im Ergebnishaushalt zu präsentieren. Der Ansatz beträgt mit Erträgen und Aufwendungen 586,4 Mio. Euro. In der Einführungsrede des Haushaltes werde darauf noch einmal von Herrn Geier Bezug genommen.

Der Haushalt wurde in einzelne Bereiche eingeteilt, um eine Diskussion darüber führen zu können, wo und an welchen Stellen man Schwerpunkte setzen wolle. Es wurden Politikfelder herausgearbeitet und der gesamte Haushalt wurde nach Zuschüssen aufgeteilt. Dort sehe man deutlich, in welchen Bereichen welche Zuschüsse gezahlt werden.

In der vorliegenden Übersicht werde ausgehend von den Zuschüssen dargestellt, wo momentan der größte Bedarf liege. Dies betreffe den Sozialbereich. Die Kultur liege beispielsweise bei 8 % im Zuschussbedarf, die Sicherheit bei 6 %.

Exemplarisch führte **Herr Dr. Wiegand** am Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters aus, dass im Ergebnisplan deutlich wird, dass es eine Steigerung besonders aufgrund der Personalkosten im Bereich der Feuerwehr gibt. Man habe versucht in den Beträgen zu bleiben und Veränderungen herbeizuführen, die in den Ausschüssen diskutiert werden können.

Haushaltsrede Herr Bürgermeister Geier

Herr Bürgermeister Geier ging auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters bezüglich der Themenfelder des Haushaltes ein. Dies ermögliche den Stadträten, in der politischen Abwägung entsprechende Schwerpunkte zu setzen. Dabei sei es insgesamt wichtig, dass der Haushalt entsprechend ausgeglichen sein muss.

Der Haushalt sei ein Gemeinschaftswerk der Verwaltungsspitze und der Beigeordneten und jeder Beigeordnete werde seine Schwerpunkte im Rahmen seines Budgets, unter Berücksichtigung der Konsolidierungserfordernisse kurz vorstellen.

Der Haushalt wurde auf den Basiszahlen 2014 für 2015 aufbereitet. Das heißt, dass auf der Finanzplanung für 2015 aufgesetzt wurde, unter Berücksichtigung von Änderungen in der Planung 2014 zu 2015.

Insgesamt gab es neun Haushaltsklausuren und Fachgespräche mit den Beigeordneten, bei denen entsprechende Prüfaufträge vereinbart, eine Projektliste festgelegt und entsprechende Rückkopplungen in den Finanzbereich gemacht worden sind. Es gab eine Risikoanalyse, Risikobewertungen, Betrachtungen der Erträge und Aufwendungen und auch die Frage, wie man investiv weitergeht.

Ebenfalls gab es begründete Mehrbedarfe und dabei insbesondere zum Themenfeld Asylbewerberleistungen. Hier komme es objektiv zu einem Aufwuchs.

Nicht begründeter Mehrbedarf waren die entsprechenden Preissteigerungen. In diesen Fällen vertrete er die Auffassung, dass man diese entsprechend des Budgets kompensieren muss.

Zu den begründeten Mehrbedarfen führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass die Geschäftsbereiche insgesamt 9,3 Mio. Euro mehr angemeldet hätten. In den Klausuren wurde darüber abgestimmt, was zu akzeptieren sei und was nicht. Insgesamt seien 1,2 Mio. Euro akzeptiert worden, welche im Bereich Soziales, Asylbewerber, Datenverarbeitung und

Kindertagesstätten gesehen werden.

Eingeplant wurden auch die Mittel aus der Fluthilfe im Investitionshaushalt. Diese betragen im Jahr 2015 56,1 Mio. Euro. Hier gehe die Verwaltung davon aus, eine hundertprozentige Refinanzierung zu bekommen.

Als besonderer Einzelvorgang sei im Haushalt die Beschlusslage und das Strukturkonzept Theater, Oper und Orchester GmbH dargestellt. Für das Jahr 2015 und die fortfolgenden Jahre wurden die Zuschüsse komplett eingeplant und berücksichtigt.

In Bezug auf die Änderungen von 2014 zu 2015 teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass die Struktur des Haushaltes nach Einnahmen, Arten der Erträge und Aufwandsarten dargestellt wurde.

Dabei sei ein deutlicher Unterschied bei den Steuereinnahmen zu sehen. Im Moment gäbe es eine sehr positive Entwicklung im Bereich der Gewerbesteuer. Dies zeichnet sich seit Ende 2013 ab, mit etwa plus 10 Mio. Euro.

Auch für 2014 sehe es so aus, dass man sich auf diesem Niveau weiter bewege. Dieses Niveau wurde auch für das Jahr 2015 unterstellt.

Außerdem komme der Stadt der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zugute, was mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt und in etwa 4 Mio. Euro mehr ausmache, als vor einem Jahr.

Bezüglich der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen merkte **Herr Bürgermeister Geier** an, dass es eine deutliche Reduzierung gab. Diese hängt mit den Änderungen im Finanzausgleich zusammen und mit den Kürzungen für die Theater, Oper und Orchester GmbH.

In den privatrechtlichen Leistungsentgelten liege eine Steigerung vor. Der Mehrbedarf bilde sich im Bereich Asyl ab.

Beim Thema ordentliche Erträge verwies **Herr Bürgermeister Geier** auf die Transferaufwendungen. Dort habe man eine Steigerung von rund 5 Mio. Euro. Dies hänge mit entsprechenden Mehraufwendungen, insbesondere bei der Grundsicherung zusammen.

Bei Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen liegt eine Reduzierung von 1 Mio. Euro vor. Hier habe man eine spürbare Reduzierung bei den Kreditzinsen für Investitionskredite, die in den vergangenen Jahren aufgenommen worden sind.

Zusammenfassend wies **Herr Bürgermeister Geier** noch einmal auf die „schwarze Null“ und den ausgeglichenen Ergebnishaushalt hin.

Die öffentlich-rechtlichen Entgelte liegen bei 47,4 Mio. Euro. Da ist alles drin, was Verwaltungs- und Benutzungsgebühren quer über alle Einrichtungen der Stadt betrifft.

Privatrechtliche Leistungsentgelte sind insbesondere Kostenerstattungen aus dem Jobcenter mit rund 9 Mio. Euro und Mieten und Pachten, die die Stadt in der Größenordnung von rund 7 Mio. Euro einnimmt.

Die sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 42,4 Mio. Euro beinhalten die Konzessionsabgaben mit 9,8 Mio. Euro und die Auflösung von Sonderposten in Höhe von 27,5 Mio. Das heißt, das sind Gelder, die die Stadt von Fördermittelgebern erhielt und die entsprechend des Abschreibungszeitraumes ertragniswirksam aufgelöst werden müssen.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist insbesondere der Teil Straßenunterhaltung und Unterhaltung der städtischen Grundstücke mit einer Größenordnung von etwa 10 Mio. Euro enthalten und die Bewirtschaftungskosten für städtische Gebäude mit einer Größenordnung von etwa 14 Mio. Euro.

In den Transferaufwendungen sind insbesondere Zahlungen im Kitabereich enthalten, in Höhe von knapp 72 Mio. Euro und Hilfen zur Erziehung von knapp 30 Mio. Euro.

Bei Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen sind mit 9,9 Mio. Euro, sämtliche Kreditaufwendungen enthalten, das heißt für die Investkredite und für die Kassenkredite, welche aber relativ gering sind durch das derzeitige Zinsniveau von 7,6 Mio. Euro.

Zur Finanzwirtschaft führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass die Stadt 60,8 Mio. Euro Gewerbesteuer bekommt und Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer 54 Mio. Euro. Das sind die größten Einzelposten.

Knapp 180 Mio. Euro gäbe es aus dem Finanzausgleich. Das heißt 180 Mio. Euro im Gesamtetat kommen über das Land an allgemeinen Zuweisungen.

Grundlage der Personalaufwendungen ist der Stellenplan mit 2.715 Vollzeitstellen. Das sind deshalb mehr, weil hier die Auflösung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement (ZGM) integriert ist. Im Vergleich zum Vorjahresstellenplan werde hier eine Reduzierung von 95 Vollzeitstellen ausgewiesen.

Der im Frühjahr geschlossene Tarifabschluss führt dazu, dass die Personalaufwendungen um 4,2 Mio. Euro steigen. 1,8 Mio. Euro davon waren schon bereits eingeplant, so dass effektiv Mehraufwendungen von 2,4 Mio. Euro entstehen.

Herr Bürgermeister Geier erläuterte weiter, dass durch die globale Minderung eine Entlastung von 7 Mio. Euro auf 3,7 Mio. Euro entsteht, wenn in der Belegschaft Langzeitkranke sind und Stellen unbesetzt sind.

Des Weiteren gäbe es im Planentwurf 74 kw-Stellen, davon sind 60 kw-Stellen schon in den Vorjahren für die Jahresscheibe 2015 definiert gewesen. Außerdem kommen noch 14 neue Stellen hinzu, die im Rahmen der Haushaltsklausur für den Stellenplan 2015 neu definiert wurden.

Herr Bürgermeister Geier ging kurz auf die geänderten Rahmenbedingungen ein und zeigte dies anhand von Beispielen auf. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass man dabei teilweise mit Annahmen arbeiten müsse.

In Bezug auf den Finanzausgleich merkte er an, dass es einen neuen Entwurf für das Jahr 2015/2016 gab. Der erste Entwurf lag bei 175 Mio. Euro und hätte für die Stadt Halle bedeutet, dass sie nur 175 Mio. Euro bekommen hätte. In der Finanzplanung waren aber 188 Mio. Euro vorgesehen.

Jetzt gäbe es einen Ansatz von knapp 180 Mio. Euro und das berücksichtigt die derzeitige Diskussion im Land. Hier zeige sich die Spannweite, wie schnell sich in einem bestimmten Rahmen etwas bewegen kann.

Bei den Gewerbesteuereinnahmen liege die Stadt bei rund 61 Mio. Euro und in der Finanzplanung waren für das Jahr 2015 51 Mio. Euro vorgesehen. Er schätzte ein, dass das Niveau auch für 2015 gehalten werden kann. Jedoch müsse bei der Gewerbesteuer auch immer mit Schwankungen gerechnet werden. Bei einem Aufkommen von 61 Mio. Euro und

einer Schwankung von zwei oder drei Prozent liege man schon bei 1 oder 2 Mio. Euro.

Herr Bürgermeister Geier machte darauf aufmerksam, dass ein Zusammenhang besteht von Gewerbesteueraufkommen und dem was man später zeitverzögert über den Finanzausgleich bekommt.

Zum Kifög führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass er einen Vergleich zu den Zahlen von 2014 vorgenommen habe, mit dem Ergebnis, dass die Stadt bei dem angemeldeten Bedarf für die Kindereinrichtungen 2,2 Mio. Euro vom Land mehr bekommen müsse. Aus diesem Grund wurden die 48,1 Mio. Euro voll eingeplant, weil die Kitaträger einen Anspruch darauf haben und die Verwaltung muss sich mit dem Land auseinandersetzen, um das Geld auch zu bekommen.

Des Weiteren erläuterte er die Leistungsvereinbarung, die vom Kifög vorgegeben wird. Dort habe die Stadt keinen Euro eingeplant, weil vollkommen offen ist, wie die Verhandlungen ausgehen und wie weit sich das Land an diesem Punkt beteiligt. Nach seiner Einschätzung sei hier ein klares Signal aus dem Stadtrat zur Unterstützung gefordert, dass man hier zumindest anteilig entsprechende Gelder bekommt.

In Bezug auf die globale Minderung im Personal habe man eine Position, die im Jahr 2014 mit 7 Mio. Euro sehr großzügig war, in einen Umfang zurückgefahren, der aus seiner Sicht erreichbar ist.

Abschließend führte **Herr Bürgermeister Geier** zum Thema Wohnungswirtschaft aus, dass in der Planung 10 Mio. Euro angesetzt sind. Jedoch gäbe es Diskussionen dazu, aus der Wohnungswirtschaft nur 7 Mio. Euro auszuschütten. Diese Frage, müsse in den Etatberatungen geklärt werden und hänge von der Wirtschaftsentwicklung der Wohnungsunternehmen ab.

Bezüglich der Investitionen wurden die Eckwerte dargestellt. Als Eigenmittel stehen dafür 14,4 Mio. Euro zur Verfügung, wovon die Stadt als Investitionspauschale aus dem FAG (Finanzausgleichsgesetz) 11,4 Mio. Euro erhält. Des Weiteren gäbe es Sonderrücklagen von 3 Mio. Euro, mit denen unter Hinzufügung von Fördermitteln ein Investitionsvolumen für das Jahr 2015 von 93 Mio. Euro generiert wird.

Bei der Fluthilfe wurden keine Eigenmittel eingestellt, da die Stadt von einer Vollfinanzierung durch das Land ausgeht.

Die vertraglichen Verpflichtungen der Stadt liegen bei 19,2 Mio. Euro und diese werden mit 2,4 Mio. Euro von der Stadt unterstützt.

Ebenso der Brandschutz an Schulen, welcher voll finanziert werden muss, da es keine Fördermittel und keine andere finanzielle Unterstützung gibt.

Für Neubeginne mit Förderung hat die Stadt 2,1 Mio. Euro und davon werden an Eigenmitteln 1,5 Mio. Euro bereitgestellt.

Zur Mittelfristplanung und Darstellung des Finanzhaushaltes erklärte **Herr Bürgermeister Geier**, dass die Ergebnisplanung vorsehe, die Null bis in das Jahr 2018 zu halten.

Der Finanzhaushalt stand 2014 in der Kritik. Jetzt könne man sehen, dass dieser bei 40 Mio. Euro verharrt. Dort gäbe es im Wesentlichen den Grund der Vorfinanzierung vieler Flutmittel und im STARK III.

Auch im Bereich Asyl sind Vorfinanzierungen notwendig und gebildete Rückstellungen werden aufgelöst, die auf die Liquidität drücken. In der Prognose gehe man in die Richtung Null.

Herr Bürgermeister Geier machte deutlich, dass man sich auf weitere Konsolidierungsmaßnahmen verständigen muss, um im Finanzhaushalt eine Liquidität auf Null zu bekommen.

Zur Genehmigungspflicht des Kassenkredites führte er aus, dass dieser mit dem Kommunalverfassungsgesetz neu eingeführt wurde und die Stadt werde bei der Kommunalaufsicht 350 Mio. Euro beantragen, wie in den vergangenen Jahren auch.

In diesem Zusammenhang wies er auf einen Liquiditätserlass hin, welcher momentan im Land erstellt wird und bestimmte Voraussetzungen an den Liquiditätsrahmen der Kommunen setzt. Er halte es nicht für zielführend, an dieser Stelle die Kommunen in der Einzeldarstellung, wann sie welche Zahlungen machen, zu sehr einzuschränken. Er bat die Stadträte um Unterstützung beim Land zu dieser Problematik.

Die Mehrjahresentwicklung der Liquidität über zehn Jahre sähe im Moment so aus, dass man im Schnitt im Jahr 2014 bei 300 Mio. Euro liege. In dieser Summe sind die kamerale Altdefizite von 240 Mio. Euro enthalten, die bilanziell in der Eröffnungsbilanz stehen.

Bei den Investitionskrediten gäbe es eine sehr gute Entwicklung. Innerhalb eines 10 Jahres-Zeitraumes sind die Investitionskredite halbiert auf 154 Mio. Euro zum Ende 2014. Dies hänge auch mit STARK II zusammen, weil es dort eine Teilentschuldung gibt und dadurch die verschiedenen Kredite in der Rückzahlung verkürzt werden.

Zum Abschluss seiner Ausführungen informierte **Herr Bürgermeister Geier** über die Terminplanung bis zur Beschlussfassung. Danach wäre am 17. Dezember 2014 die Etatberatung mit den Stadträten abgeschlossen und man könnte zur Beschlussfassung des Haushaltes kommen.

Bezüglich der Vorstellung der einzelnen Geschäftsbereiche erläuterte **Herr Bürgermeister Geier** die Schwerpunkte seines Geschäftsbereiches:

- Einrichtung eines Quartierbüros im Norden
- weiterer Ausbau, Ergänzung und Verbesserung der Beteiligungsplattformen „Halle.de“, „Bürgerhaushalt“ und „Sag´s uns einfach“
- Bereitstellung von Finanzmittel zur Qualifizierung von Führungskräften
- Weiterentwicklung von e-Gouvernement bzw. Wartung der Software
- Absicherung des bevorstehenden Ansturms der Bürger wegen der Beantragung von neuen Personaldokumenten.

Herr Bürgermeister Geier bat die anderen Beigeordneten um das Vortragen der Schwerpunkte ihrer Geschäftsbereiche.

Haushaltsrede Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Beigeordneter Stäglin informierte darüber, dass er seine Schwerpunkte auf investive Maßnahmen aufgeteilt habe:

- Umsetzung von Fluthilfemaßnahmen (alles was im öffentlichen Raum, bezogen auf den Straßenraum, Freiflächen an Maßnahmen umzusetzen ist)
- Umsetzung der Maßnahmen im Tiefbaubereich
- Umsetzung der Maßnahme 4. Bauabschnitt der Haupterschließungsstraße im halleschen Osten

- Umsetzung Städtebauförderung, hier zwei Projekte aus bereits bewilligten Mitteln, der Fortgang der Baumaßnahme im Stadtpark Magdeburger Straße und die Freiflächengestaltung am Steintor:

Des Weiteren teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass noch nicht alle Bewilligungsbescheide für 2014 vorlägen. Im Zuge der Haushaltsberatungen werde er aber regelmäßig über eingehende Bescheide informieren.

Zum Thema Konsolidierungsmaßnahme informierte er über die Prüfung von Arbeitsstrukturen. Als Beispiel nannte er hier den Bereich Grün, mit der Prüfung, in wie weit sich die zur Verfügung stehenden Finanzmittel noch optimaler einsetzen lassen und welche Möglichkeiten es gibt, um über Organisationsuntersuchungen und Ablaufüberprüfungen noch bessere Ergebnisse mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erreichen.

Bei der Darstellung unter den Erträgen und Aufwendungen befindet sich eine Position Prüfgebühren Statik, in welcher sich ein erhöhtes Antragsvolumen im Baugenehmigungsbereich und erhöhter Aufwand für Statiker widerspiegelt. Dies stelle ein positives Signal dafür dar, was in der Stadt an Bautätigkeit von statten geht.

Bezüglich der Darstellungen zu Baubenutzungsgebühren und Parkraumbewirtschaftung gehe es nicht um konkrete neue Gebiete, sondern um die Feststellung, wo Einnahmeausfälle der Stadt gegenüber kompensiert werden können. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Flächen, die eigentlich in der Bewirtschaftung liegen und für Veranstaltungen in Anspruch genommen werden. Dann sei es logisch, dass derjenige, der die Veranstaltung durchführt auch Einnahmeausfälle gegenüber der Stadt kompensiert.

Als weitere Konsolidierungsmaßnahme innerhalb des Konzern Stadt benannte **Herr Beigeordneter Stäglin** die Oberflächenentwässerung, wo der optimale Umgang mit Ressourcen geprüft werden muss.

Haushaltsrede Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport

Frau Beigeordneter Dr. Marquardt erläuterte die investiven Maßnahmen ihres Geschäftsbereiches.

An erster Stelle stehen die Maßnahmen, die aus dem Fluthilfefond finanziert werden sollten:

- **Neubau Planetarium**
Die Einbringung der Vorlage soll im November durch die Verwaltung erfolgen. Nach dem Beschluss zur Standortentscheidung kann der Antrag auf Fluthilfe gestellt werden.
- **Wiederherstellung Eissport**
(Jahresscheibe für nächstes Jahr in Höhe von knapp 2,8 Mio. Euro)
- **Neubau HFC-Nachwuchsleistungszentrum**
(Jahresschreibe für nächstes Jahr in Höhe von 1,2 Mio. Euro)
- **Wiederherstellung Pferderennbahn**
(Jahresscheibe für nächstes Jahr in Höhe von 650.000 Euro)
- **Sanierung der Freilichtbühne auf der Peißnitz**

Darüber stehen wichtige Investitionsprojekte in Form von dem Ersatz der Steuerungstechnik in der Händelhalle, die Sanierung der Speerwurfanlage Brandberge, die Erweiterung der Sanitär- und Umkleideanlagen in der Sporthalle Lettin an.

Und auch das Projekt Kraftsporthalle in der Robert-Koch-Straße soll im nächsten Jahr fertig gestellt werden. Ebenso die Leichtathletikanlage im Stadion Halle-Neustadt.

Bei den Erträgen und Aufwendungen nach Fachbereichen gäbe es keine sehr großen Unterschiede.

Es gibt leichte Änderungen in den Erträgen nach oben, was im Fachbereich Sport insbesondere mit dem Eissport zusammenhängt, aber auch mit den Einnahmen aus der Robert-Koch-Schwimmhalle.

Im Bereich Kultur und im Dienstleistungszentrum Veranstaltungen spiegeln sich die verstärkten Anstrengungen wider.

Bei den Aufwendungen sind größere Differenzen sichtbar. Diese hängen mit Verschiebungen mit den Personalaufwendungen für die Mitarbeiter in den Sportstätten zusammen, die aus dem Fachbereich 24 in den Fachbereich Sport zugeordnet worden sind.

Im Fachbereich Kultur wurde bei den kulturellen Einrichtungen das Budget des Stadtmarketing im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters dargestellt. Deswegen fehlen hier 1,1 Mio. Euro, was aber insgesamt über den städtischen Haushalt ausgeglichen wird.

Frau Beigeordneter Dr. Marquardt wies abschließend darauf hin, dass weitere Details im Kultur- und im Sportausschuss besprochen werden sollen.

Haushaltsrede Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales

Herr Beigeordneter Kogge stellte die finanziellen Schwerpunkte seines Geschäftsbereiches dar und wies gleichzeitig darauf hin, dass grundsätzlich in den Fachausschüssen die inhaltliche Betrachtung hinsichtlich der finanziellen Untersetzung genauer zu beraten wäre.

In seinen Ausführungen wies er auf Leistungen und Produkte hin, die besondere Bedeutung auf Grund des Umfangs und der inhaltlichen Prämissen im Ergebnishaushalt des Geschäftsbereiches IV haben.

Dazu gehören die Kosten der Unterkunft und Heizung. Die abgebildete Position sei ausschließlich zur Sicherstellung der genannten Kosten für Leistungsempfänger nach dem SGB II eingestellt und dargestellt.

Für das Jahr 2015 wurden nachfolgende Änderungen avisiert:

- Steigerung der Bundesbeteiligung für Sachsen-Anhalt für die Kosten der Unterkunft (KdU) um 3,7 % und damit Steigerung auf 31,3 %.
Daher ergäben sich Veränderungen auch im Zuschuss Wohngeldbereich und würde zur Entlastung der KdU führen.
- Auswirkungen des Mindestlohnes ab dem Jahr 2015 und dadurch Senkung der Kosten der Unterkunft.
Im Gegenzug dazu die Erhöhung des Sozialgeldes und die Erhöhung der entsprechenden Kosten für die einzelnen Personen im SGB II.

Herr Beigeordneter Kogge verwies bei den Aufwendungen auf den Kommunalanteil von 4,7 %. Man habe die Erfahrungen gemacht, dass man auch im nächsten Jahr mit 4,6 % diesen Bereich auskömmlich bedienen könne.

Ebenso machte er auf den Bereich Asylbewerberleistungsgesetz aufmerksam. Hier sind jetzige Aufwendungen im Haushalt 2014 von 7,4 Mio. Euro eingestellt. Da die Gesamtzahl von Anfang des Jahres von etwa 25 Aufnahmen pro Monat auf jetzt 70 angestiegen ist, gäbe es höhere Ausgaben.

Die Aufwendungen sind für das nächste Jahr mit 70 Aufnahmen pro Monat gerechnet und ergeben eine Aufwendung von 10,8 Mio. Euro. Zusätzlich wird noch mal ein Ertrag von 5,2 Mio. Euro benötigt.

Bei den Hilfen zur Erziehung (HzE) habe man die LQE-Verhandlung (Leistungs-, Qualifizierungs- und Entgeltverhandlung) mit zwei Ergebnissen abgeschlossen. Erstens wurde ein neuer Preis und zweitens eine veränderte Qualität und Qualitätsvorgabe, die auch gleichzeitig den Umfang der Leistung etwas schärfer formuliert, ausgehandelt.

Jetzt müsse man den Prozess dahingehend abwarten, ob sich die in den Zahlen für 2015 formulierten Erwartungen in der Form umsetzen lassen.

Zum Bereich Kindertagesstätten führte **Herr Beigeordneter Kogge** aus, dass bis Ende des Jahres 2014 die LQE-Verhandlungen mit den Trägern abgeschlossen sein müssen. Die Vorgaben habe man im Haushalt momentan nur als Risiko formuliert und noch nicht weiter finanzielle untersetzt.

Er wies darauf hin, dass die Stadträte zeitnah immer wieder über den Stand der Verhandlungen informiert werden.

Im Bereich Schulen liege der Schwerpunkt bei der Schulnetzplanung, wo einerseits STARK III und andererseits die zu erbringenden Leistungen des Geschäftsbereiches verankert wurden.

Haushaltsrede Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft

Herr Beigeordnete Neumann berichtete, dass in seinem Geschäftsbereich die baufachliche Umsetzung der Hochbauprojekte Flut im Mittelpunkt steht.

Die technische Umsetzung dazu erfolge im Fachbereich Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement. Ebenso werden die Vorbereitungen zu STARK III und hier insbesondere die Thematik Brandschutz, mit über 3,7 Mio. Euro im nächsten Jahr, durch seinen Fachbereich getroffen.

Zum Thema Arbeitsförderung teilte **Herr Beigeordneter Neumann** mit, dass die Bürgerarbeit im nächsten Jahr auslaufe. Die Stadt Halle hatte deutschlandweit die meisten Stellen, mit ungefähr 1.000 Arbeitnehmern. Da das Projekt ausläuft, entfalle auch der Zuschuss zur Co-Finanzierung an den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung.

Bezüglich der Optimierung von Verwaltungsstandorten werden mittelfristig Einsparpotentiale erwartet und eine leichte Anpassung im Bereich der Erträge, was die Mieten und Stellplätze betrifft.

Ein weiteres Thema seines Geschäftsbereiches ist das Flächenmanagement. Hier gehe es im Wesentlichen darum, Eigenheimstandorte zu entwickeln, die Bauträgerfrei sind. Dabei habe man zwei Standorte im Auge mit 63 Grundstücken.

Als wesentlichen letzten und wichtigsten Schwerpunkt führte **Herr Beigeordneter Neumann** die Zusammenarbeit der Stadt Halle mit der Martin-Luther-Universität an. Momentan werde

die Kooperationsvereinbarung erarbeitet, die im nächsten Ausschuss vorgestellt werden soll. Hierbei gehe es im Kern darum, Studenten Arbeits- und Praktikplätze in Halle anzubieten.

Herr Bürgermeister Geier bedankte sich bei der gesamten Verwaltungsspitze und seinen Kollegen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Geschäftsbereiches für die gute Arbeit und Vorbereitung, welche ohne Sparberater erfolgte.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte, welcher Stand FAG (Finanzausgleichsgesetz) in den Haushalt eingearbeitet wurde und von welchen Annahmen ausgegangen wird.

Des Weiteren kritisierte er die vorgelegte Beratungsfolge. In den vergangenen Jahren habe es in vielen Ausschüssen zwei Lesungen und zu den einzelnen Geschäftsbereichen ebenfalls mehrere Lesungen sowie eine Abschlussberatung im Finanzausschuss gegeben. Dies führte dazu, dass im letzten Quartal des letzten Jahres wöchentlich mehrere Beratungen stattfanden.

Mit der jetzt vorgelegten Beratungsfolge, die auf die Dezembersitzung ausgerichtet sei, sehe er eine Beschlussfassung im Dezember gefährdet.

In Bezug auf den FAG-Ansatz führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass es am 17. September einen Rundbrief aus dem Städte- und Gemeindebund gab, mit der Information, an welchen Stellen sich Veränderungen ergeben. Dieser Sachstand wurde berücksichtigt. Er vertrete die Auffassung, dass sich die Stadt mit 180 Mio. Euro im guten Mittelfeld befinde.

Zur Frage des Zeitplanes verwies **Herr Bürgermeister Geier** auf die Information vom Februar 2014. Er halte den Zeitplan für machbar. Die Stadt müsse den Anspruch stellen, den Haushalt vor Beginn des neuen Jahres zu beschließen gewährleisten.

In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Beschlussfassung des Haushaltes 2014, wo es nur positive Folgewirkungen gegeben habe.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass noch keine Termine für die Zeitplanung benannt worden sind und bat um Hinterlegung der Termine im Session.

Bezüglich des Bürgerhaushaltes fragte er an, in welcher Form in den nächsten Wochen der Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen erfolgen wird.

Laut Aussage von **Herrn Bürgermeister Geier** wurde der Terminplan für die Haushaltsberatungen in der Vorlage zum Haushalt dargestellt. Dabei sei auch die Abfolge in den Ausschüssen und im Finanzausschuss festgehalten.

Zum Bürgerhaushalt wird es eine umfangreiche Information im Amtsblatt geben. Die Zahlen des Haushaltsentwurfes 2015 werden auf halle.de entsprechend freigeschaltet und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise aufgerufen, sich rege mit Ideen und Vorschlägen einzubringen.

Als Redaktionsschluss ist der 31.10.2014 vorgesehen, mit Blick darauf, damit möglichst viel in die Planung und Beschlussfassung des Haushaltes für 2015 einfließen kann. Aber auch über den 31.10.2014 hinaus können Ideen und Vorschläge gemacht werden, welche dann nach entsprechender Beschlussfassung zu bearbeiten und umzusetzen sind.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, bedankte sich für die Präsentation des Haushaltes durch die Beigeordneten.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass auch über die wesentlichen Risiken des Haushaltes geredet werden müsse. Aus der Darstellung der Zahlen sei deutlich geworden,

wo die Risiken in der Aufstellung und möglicherweise auch in der Ausführung des Ergebnisplanes liegen.

Einen Schwerpunkt dabei sehe er im FAG (Finanzausgleichsgesetz) und auch in den Risiken, was die Wohnungswirtschaft betrifft. Insbesondere diese Themen müssen im Finanzausschuss behandelt werden.

Bezüglich der Zeitabfolge stimmte **Herr Dr. Meerheim** den Ausführungen von Herrn Wolter zu. Er machte jedoch darauf aufmerksam, dass es sich um eine Vorlage der Verwaltung handelt, in welcher Vorschläge für die Sitzungsfolge gemacht worden sind. In den letzten Jahren habe es dazu immer Änderungen gegeben und er gehe davon aus, dass man wahrscheinlich in den Fachausschüssen nicht mit einer Sitzung auskommen wird. Deshalb müsse man sich bemühen müssen, in den Terminkalender eine zweite Sondersitzung einzupflegen.

Er stellte weiterhin fest, dass es in den letzten zwei Jahren nur zwei Beratungstermine im Finanzausschuss gegeben hat. Es hänge jetzt davon ab, wie die Vorarbeit der Fachausschüsse mit dem jetzigen Terminplan zu leisten ist.

Sobald es Änderungen aus den Fachausschüssen gäbe, werde entsprechend reagiert und möglicherweise andere bzw. neue Termine in den Terminplan eingearbeitet.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, erinnerte daran, dass seine Fraktion zur Stellenplandarstellung darum gebeten hatte, dass neben den Stellen auch die Stellenplannummern aufgezeigt werden, um über die Jahre vergleichen zu können, was aus einer Stelle wurde und welche Stellenumsetzungen erfolgten.

Seiner Meinung nach habe es von der Verwaltung Zustimmung dazu gegeben, jedoch könne er diese Darstellung in den Unterlagen nicht finden.

Entsprechend der vorliegenden Zeitpläne verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Vorlage in die zuständigen Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch den Oberbürgermeister in die Fachausschüsse

**Sportausschuss,
Kulturausschuss,
Bildungsausschuss,
Jugendhilfeausschuss,
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung
sowie Beschäftigung,
sowie
Ausschuss für Finanzen,
städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2015 mit dem Haushaltsplan 2015.*

2. Der Stadtrat nimmt den *Beteiligungsbericht 2013 zur Kenntnis*.

zu 6.3 Nachbesetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2014/00143

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die entsprechende Abberufung und Nachnominierung für die Ausschüsse.

Es lagen keine Wortmeldungen und kein Widerspruch gegen eine Blockabstimmung vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

- I. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des **Ausschusses für Personal- und allgemeine Angelegenheiten einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform** (Hauptausschuss).

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden.

- a) Herr Helmut-Ernst Kaßner wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Scholtyssek, Andreas CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

- II. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des **Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF** (Vergabeausschuss).

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten.

- a) Herr Helmut-Ernst Kaßner wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Dr. Lämmerhirt, Michael CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

- III. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des **Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften** (Finanzausschuss).

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten.

- a) Herr Markus Klätte wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Dr. Wünscher, Ulrike

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

IV. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des
Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

- a) Herr Helmut-Ernst Kaßner wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Hajek, Andreas

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

V. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des
Bildungsausschusses.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern.

- a) Herr Helmut-Ernst Kaßner wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Dr. Bergner, Annegret

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

VI. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des
Rechnungsprüfungsausschusses.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

- a) Frau Gisela Wagner wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Sprung, Michael

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

VII. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

- a) Frau Gisela Wagner wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Peinhardt, Ulrich

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

VIII. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des **Sportausschusses**.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 9 sachkundigen Einwohnern.

- a) Frau Gisela Wagner wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Sänger, Frank

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

IX. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des **Kulturausschusses**.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

- a) Herr Markus Klätte wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Bartl, Harald

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

X. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des **Ausschusses für Planungsangelegenheiten**.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

- a) Herr Markus Klätte wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Bernstiel, Christoph

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

XI. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des **Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten**.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

- a) Frau Gisela Wagner wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Töpper, Gernot CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

XII. Der Stadtrat bestätigt die Nachbesetzung des **Ausschusses für Personalbedarfsplanung.**

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten.

- a) Herr Markus Klätte wird als stimmberechtigtes Mitglied abberufen.
- b) Als stimmberechtigtes Mitglied wird hierfür folgende/r Stadträtin/Stadtrat von der Fraktion vorgeschlagen:

Cierpinski, André CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

zu 6.4 Wahl eines Wahlbevollmächtigten und dessen Vertreter zur Vorbereitung der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Halle
Vorlage: VI/2014/00130

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass drei Vorschläge für die Wahl eines Wahlbevollmächtigten und dessen Vertreter zur Vorbereitung der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Halle vorliegen würden: Frau Sabine Wolff, Herr Dr. Bodo Meerheim und Herr Werner Misch.

Das vorgeschlagene Wahlverfahren sieht vor, die Stimmzettel mit den entsprechenden Vorschlägen zu versehen und zuerst die Wahl für den Wahlbevollmächtigten vorzunehmen. Bei entsprechender Mehrheit, würde aus den beiden nichtgewählten Kandidaten der Stellvertreter gewählt werden.

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht, ergänzte, dass für den Wahlgang die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder notwendig sei. Für den zweiten Wahlgang würde die einfache Mehrheit genügen.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, warb für die Wahl von Herrn Misch, da dieser schon sehr viel Erfahrung auf diesem Gebiet habe und das Amt auch adäquat ausfüllen könne.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Zur Ausgabe der Stimmzettel rief **Frau Schneider, Leiterin Team Ratsangelegenheiten**, die Stadtratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf.

Es erfolgte die Wahlhandlung.

Herr Lange informierte darüber, bis zum Ergebnis der Auszählung der Stimmen durch die Verwaltung in der Tagesordnung fortzufahren.

Herr Lange gab bekannt, dass es im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit gab und ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden muss.

Es wurden 50 Stimmen abgegeben bei 51 gemeldeten Anwesenden. Für Frau Sabine Wolff gab es 13 Ja-Stimmen, für Herrn Dr. Meerheim 15 Ja-Stimmen und für Herrn Werner Misch 20 Ja-Stimmen. 26 Ja-Stimmen wäre das Quorum gewesen.

Herr Lange wies darauf hin, dass jetzt mit einfacher Mehrheit der Vorsitzende und danach der Stellvertreter gewählt werden könne.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, gab bekannt, dass er seine Kandidatur zurückzieht.

Auf Hinweis von **Herrn Schreyer** wurden neue Stimmzettel angefertigt und **Herr Lange** bat um die Durchführung des zweiten Wahlganges, mit dem Hinweis, dass nur eine Stimme abgegeben werden kann. Gewählt sei die Person mit der einfachen Mehrheit.

Zur Ausgabe der Stimmzettel rief **Frau Schneider, Leiterin Team Ratsangelegenheiten**, die Stadtratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf.

Es erfolgte die Wahlhandlung.

Herr Lange informierte darüber, bis zum Ergebnis der Auszählung der Stimmen durch die Verwaltung in der Tagesordnung fortzufahren.

Herr Lange gab das Wahlergebnis bekannt.

Abstimmungsergebnis:

**Wahlbevollmächtigter für die Bildung des
Wahlausschusses für die Wahl der
ehrenamtlichen Richter für das
Verwaltungsgericht Halle (Saale)
per geheimer Wahl im 2. Wahlgang
mit 25 Ja Stimmen
Herr Werner Misch**

Herr Lange informierte darüber, dass Frau Wolff im Vorfeld signalisiert habe, für die Stellvertretung zu kandidieren. Weitere Vorschläge zur Kandidatur lagen nicht vor.

Da es keinen Widerspruch für eine offene Wahl gab, bat **Herr Lange** um Abstimmung zur Wahl von Frau Wolff zur stellvertretenden Wahlbevollmächtigten.

Abstimmungsergebnis:

**Wahl des Stellvertreters des
Wahlbevollmächtigten für die Bildung des
Wahlausschusses für die Wahl der
ehrenamtlichen Richter für das
Verwaltungsgericht Halle (Saale)**

per offener Wahl im 1. Wahlgang
50 Ja Stimmen

Frau Sabine Wolff

Beschluss:

Der Stadtrat wählt aus den Vorschlägen der Fraktionen

einen Wahlbevollmächtigten und seinen Vertreter

zur Vorbereitung der Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreter für den am Verwaltungsgericht Halle zu bestellenden Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

**zu 6.5 Mitgliedschaft im Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“
Vorlage: VI/2014/00071**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, gab den Hinweis, dass Herr Tobaben, Geschäftsführer der Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH, anwesend sei und ihm zu Rückfragen aus dem Stadtrat das Rederecht erteilt werden kann.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

1 Enthaltung

Beschluss:

1. Die Satzung und die Beitragsordnung des Vereins „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Beitritt in den Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ wird zugestimmt.

**zu 6.6 Jahresabschluss 2013 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: VI/2014/00054**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, machte auf das Mitwirkungsverbot aufmerksam. Laut der Geschäftsordnung haben die entsprechenden Personen zu dem Punkt, zu dem sie Mitwirkungsverbot haben, entsprechend den Saal zu verlassen.

Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG-LSA unterlagen:

Herr Gernot Töpfer
Herr Klaus Hofgarten
Herr Andreas Hajek
Frau Sabine Wolff

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkt 1 – 3 einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung
B.-Punkt 4 einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschluss:

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüferin Frau Uta Harning geprüfte und am 07.05.2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013 wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	534.510,85 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	25.933.628,80 EUR.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 534.510,85 EUR wird mit der Kapitalrücklage von 8.614.713,74 EUR verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Andreas Jacob, wird für das Jahr 2013 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

**zu 6.7 Jahresabschluss 2013 der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH
Vorlage: VI/2014/00041**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH vom 26.06.2014:

1. Der von der Geschäftsführung der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner GmbH geprüfte und am 23. April 2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013 wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt 325.253,25 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt 19.404.969,96 EUR.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 325.253,25 EUR wird durch Entnahme aus der Betriebsmittelsicherungsrücklage ausgeglichen.
3. Der Geschäftsführerin, Frau Kerstin Kölzner, wird für das Jahr 2013 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

zu 6.8 Jahresabschluss 2013 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: VI/2014/00043

Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG-LSA unterlagen:

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand
Frau Dr. Annegret Bergner

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkte 1-2 einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung
B.-Punkt 3 einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) vom 16.07.2014:

1. Der von der Geschäftsführung der TGZ Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2013 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Brennecke Treuhand GmbH geprüften und am 16.05.2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt 115.997,43 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt 34.159.246,91 EUR.

2. Der Jahresüberschuss von 115.997,43 EUR wird in eine satzungsmäßige Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2013 entlastet.

zu 6.9 Jahresabschluss 2013 der Bio-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: VI/2014/00046

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 30.07.2014:

1. Der von der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2013 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Brennecke Treuhand GmbH geprüften und am 16.05.2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	97.568,80 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	10.937.232,05 EUR.

2. Der Jahresüberschuss von 97.568,80 EUR wird in eine satzungsmäßige Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.
3. Den Geschäftsführern wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

zu 6.10 Jahresabschluss 2013 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VI/2014/00055

Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG-LSA unterlagen:
Herr Michael Sprung

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **Einzelpunktabstimmung**
B.-Punkte 1-3 einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung
B.-Punkt 4 einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vom 14.07.2014:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2013 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner GbR geprüften und am 28.03.2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	2.863,31 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	167.760,04 EUR.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.863,31 EUR wird in die Kapitalrücklage eingestellt.
3. Dem Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

zu 6.11 Jahresabschluss 2013 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: VI/2014/00056

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vom 14.07.2014:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2013 wird in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner GbR geprüften und am 28.04.2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	333.618,30 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	18.811.387,27 EUR.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 333.618,30 EUR wird in den Gewinnvortrag eingestellt.
3. Der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

zu 6.12 Jahresabschluss 2013 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: VI/2014/00066

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH am 17. Juli 2014 zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird in der von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 13. 05. 2014 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	1.331.181,66 EUR.

2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.
3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

zu 6.13 Jahresabschluss 2013 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt GmbH
Vorlage: VI/2014/00067

Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG-LSA unterlagen:

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand
Herr Dr. Bodo Meerheim
Herr Gottfried Koehn
Herr Andreas Schachtschneider

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkte 1-3 mehrheitlich zugestimmt
1 Nein Stimme
B.-Punkt 4 mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführerin der GWG Gesellschaft für Wohn- und

Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte, von der WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und am 23. April 2014 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013 wird mit:

Jahresüberschuss	EUR	3.009.174,89
Bilanzsumme	EUR	331.673.028,22

festgestellt.

2. Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2013 beträgt nach vorgenommener Einstellung von 10 % des Jahresüberschusses in die satzungsmäßigen Rücklagen 2.708.257,40 EUR.

Ein Betrag aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 2.000.000,00 EUR wird im Rahmen der Haushaltskonsolidierung an die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) abgeführt.

Der verbleibende Bilanzgewinn 2013 nach Ausschüttung von 2.000.000,00 EUR in Höhe von 708.257,40 EUR wird als Gewinnvortrag für das Geschäftsjahr 2014 vorgetragen.

3. Der Geschäftsführerin der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH, Frau Jana Kozyk, wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

**zu 6.14 Jahres- und Konzernabschluss 2013 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
Vorlage: VI/2014/00068**

Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG-LSA unterlagen:

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand
Frau Ute Haupt
Herr Dr. Bodo Meerheim
Herr Frank Sänger
Herr Michael Sprung

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkte 1-3 mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 4 mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung folgenden Beschluss zu fassen:

3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

zu 6.16 Jahresabschluss 2013 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss
Vorlage: VI/2014/00070

Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, übernahm zu diesem Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung, da Herr Lange unter Mitwirkungsverbot stand.

Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG-LSA unterlagen:

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand
Herr Bernhard Bönisch
Herr Johannes Krause
Herr Hendrik Lange
Frau Elisabeth Nagel
Herr Dietmar Weihrich (bis 30.11.2013)
Herr Tom Wolter (ab 01.12.2013)

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkte 1-3 einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung
B.-Punkt 4 einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 4. April 2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013 mit

Bilanzsumme	EUR	343.632.826,57
Jahresfehlbetrag	EUR	-3.624.480,66

wird festgestellt.

2. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2013 in Höhe von -3.624.480,66 EUR wird mit den Gewinnrücklagen verrechnet.
3. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 9. Mai 2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2013 mit

Bilanzsumme	EUR	1.219.090.288,94
Konzern-Jahresfehlbetrag wird festgestellt.	EUR	-8.550.913,63

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2013 entlastet.

**zu 6.17 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des
Oberbürgermeisters
Vorlage: V/2014/12764**

Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG-LSA unterlagen:

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

Auf Antrag von Herrn Krause, SPD-Fraktion, wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Wir kommen zur Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und zur Entlastung des Oberbürgermeisters. Dieser hat in dem Punkt dann entsprechend Mitwirkungsverbot.

Gibt es Wortmeldungen?

Herr Krause

Herr Krause, SPD-Fraktion

Wir bitten um getrennte Abstimmung, also nach Punkten.

Herr Lange

Frau Wolff.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Wir dachten, der wird vertagt, weil er noch nicht im Rechnungsprüfungsausschuss besprochen wurde. So ist bei uns die Mitteilung.

Herr Lange

Damit kann ich jetzt wenig anfangen, weil es kein Antrag auf Vertagung ist. Gibt es denn einen Antrag auf Vertagung, Frau Wolff?

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Ich kann die Frage nicht beantworten, ob es einen Antrag gibt auf Vertagung. Aber ich würde dringend davon abraten.

Wir sollten den Jahresabschluss heute bestätigen. Weil, wir warten eigentlich schon auf den Dreizehner, der hätte schon lange vorgelegt werden müssen. Wir können aber den Dreizehner nicht beschließen, wenn die Zahlen von 2012 nicht beschlossen werden. Die Zwölfer Endzahlen sind Ausgangszahlen für 2013. Und der hätte schon lange durch den Rat gemusst.

Ich weiß, dass es Bedenken gibt in einer Sache. Diese Entlastung hat aber juristisch Null Folgen.

Wenn das gewünscht wird, könnte man zu diesem einen Punkt einen Vorbehalt formulieren. Das man sagt, dass man aus dieser Entlastung herausnimmt, den Sachverhalt, der sich um die drei Einstellungen des Jahres 2012, die jetzt sozusagen staatsanwaltschaftlich behandelt werden, dass man die aus der Entlastung rausnimmt.

Man kann es aber auch sein lassen. Weil, die Entlastung hat mit dem Verfahren und den Überprüfungen, die jetzt bei der Staatsanwaltschaft laufen bzw. vorm Gericht stattfinden, keine, also spielt keine Rolle.

Wir können heute beschließen, was es will. Das Gericht lässt sich von diesem Beschluss überhaupt nicht beeindrucken. Deswegen wird der Sachverhalt trotzdem verfolgt.

Wir entlasten ihn in der Sache deswegen nicht.

Ja, natürlich gilt das auch für das Disziplinarverfahren, logischerweise.

Das heißt also, diesen Vorbehalt den kann man formulieren, wenn man es unbedingt möchte. Man kann es aber auch sein lassen, weil es juristisch keine Auswirkungen hat.

Deswegen würde ich darum bitten, dass wir das heute schnell beschließen, damit wir auch den Dreizehner in diesem Jahr noch auf den Tisch bekommen. Weil, der hätte schon lange durch sein . . . bis April, glaube ich, hätte der vorgelegt werden müssen. Konnte aber nicht, weil 2012 permanent verschoben wurde.

Herr Lange

So, jetzt habe ich drei Wortmeldungen. Frau Dr. Wünscher, Frau Nagel und dann Frau Wolff. Frau Dr. Wünscher.

Dann lasse ich Frau Nagel, bitte Frau Nagel.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Juni-sitzung selbstverständlich diesen Jahresabschluss beschlossen hat. Wir haben uns nur vorbehalten, über einen Teil des Berichtes, Teil B, später zu diskutieren.

Aber über den Beschluss, den wir heute vorliegen haben, haben wir abschließend selbstverständlich beschlossen, sonst wäre er ja nicht in den Stadtrat gekommen.

Nur mal zu Frau Wolff zur Klarstellung.

Herr Lange

Frau Wolff. Ja o.k. Ich wusste es ja nicht. Alles klar.

Herr Doege bitte.

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Kann ich überhaupt einen solchen Beschluss unter Vorbehalt fassen, Herr Schreyer? Geht das rechtlich überhaupt?

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht

Das kann gemacht werden, ja.

Herr Doege

Gut, dann würde ich diesen Gedankengang von Herrn Dr. Meerheim aufgreifen, wenn er das erlaubt und würde mit diesem Vorbehalt dann, dass das reinkommt in den Beschlussvorschlag.

Herr Lange

Herr Doege, dann würde ich Sie bitten, jetzt einen schriftlichen Änderungsantrag mir hier vorzulegen. Das müssen wir nach unserer Geschäftsordnung so machen.

Bitte, Herr Krause, Sie können auch noch mal reden.

Herr Krause

Ich würde gerne wissen, wie der Wortlaut ist. Insofern, weil wir haben das gerade diskutiert. Ist es sozusagen mit Blick auf das laufende Verfahren oder auf ein mögliches Disziplinarverfahren. Das sind zwei ganz verschiedene Schuhe und da könnte es eine Rolle spielen.

Das heißt also, wie ist der Wortlaut dann tatsächlich eines Vorbehaltes. Deswegen habe ich getrennte Abstimmung beantragt.

Herr Lange

Gut, Herr Doege formuliert gerade einen Vorschlag und Herr Häder hat das Wort.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Also ich würde bloß darauf hinweisen. Ich denke, man muss da schon aus meiner Sicht trennen. Die strafrechtliche Verantwortung ist ja die eine Seite. Es geht hier aber unter Umständen auch um mögliche zivilrechtliche Ersatzansprüche. Und da gehe ich davon aus, wenn wir heute Entlastung erteilen, dass das an der Stelle dann weg ist.

Wenn Herr Meerheim das jetzt versichern kann und wir dann uns bei ihm schadlos halten können, dann ist das auch o.k.

Aber wie gesagt, ich habe das jetzt nicht geprüft und wenn die Entlastung überhaupt keinen Sinn machen würde, frage ich mich, warum wir sie dann beschließen müssen.

Herr Lange

Herr Bönisch.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Wir hatten das Thema ja schon im Juni auf der Tagesordnung. Damals ist es verwiesen worden wegen solcher Unklarheiten, man wisse ja nicht, was da kommt und wie dann möglicherweise der Prozess ausgeht oder so was. Das war die offizielle Begründung.

Ich habe erwartet, ehrlich gesagt, dass wir irgendeine Form von Erläuterungen kriegen, rechtliche Darlegungen, was das eigentlich bedeutet und was wir können und was wir nicht sollten, unter den Aspekten, was Herr Krause seinerzeit als Begründung für die Vertagung angegeben hat. Mir ist kein solches Schriftstück oder erläuterndes Papier bekannt geworden. Insofern sehe ich mich heute ehrlich gesagt nicht in der Lage.

Und wir fangen ja jetzt schon wieder an zu tüfteln, was ist dann eventuell und welche Folgen könnte das haben.

Ich würde dann jetzt einfach sozusagen ganz spontan nochmal Vertagung beantragen und darum bitten, eine rechtliche Erläuterung der Bedeutung dieses Beschlusses zu bekommen. Auch unter dem Aspekt, es gibt möglicherweise ein Disziplinarverfahren, möglicherweise ein Gerichtsurteil. Damit wir da nichts falsch machen. Wir sollten hier nicht so blauäugig in irgendwelche Beschlüsse reinreiten, von denen wir die Konsequenzen gar nicht kennen.

Insofern beantrage ich jetzt einfach mal Vertagung, weil das so abzustimmen ist. Vertagung bis zur rechtlichen Klärung der Rahmenbedingungen für diesen Beschluss.

Herr Lange

Gut. dazu, zu diesem Geschäftsordnungsantrag kann gesprochen werden.

Herr Meerheim zum Geschäftsordnungsantrag?

Herr Dr. Meerheim

Nur dazu. Ich bin dagegen und sage es nochmal. Es ist dringend notwendig, dass wir diesen Jahresabschluss 2012 endlich feststellen. Eine nochmalige Vertagung bringt an der Stelle überhaupt nichts.

Lassen Sie sich von Herrn Schreyer das nochmal sagen.

Es ist so, wie ich es selber auch gesagt habe. Es hat Null Wirkung für diesen Rechtsstreit, der jetzt gerade beim Gericht geführt wird, genau so wenig wie für das Disziplinarverfahren.

Und Herr Häder, wenn es Ihnen hilft, ja, in Gottes Namen, ich stehe dafür. Wenn es dann schief geht, ich habe es ja nicht mit Absicht gemacht, steht die Stadt für mich sowieso ein. Also von daher kann ich das locker machen. Das sieht ja das Gesetz auch vor. Nein, aber Spaß beiseite.

Ich bitte wirklich darum, dass wir es nicht vertagen. Wir brauchen diesen Jahresabschluss schnellstens, damit wir wieder in normales Fahrwasser kommen mit dem Dreizehner. Der hätte schon lange ebenso beschlossen sein können und müssen. Der Dreizehner hätte im April auf den Tisch gemusst.

Herr Lange

So, wir sind immer noch in einer Verfahrensdiskussion. Herr Bönisch möchte zu seinem Geschäftsordnungsantrag jetzt nochmal kurz das Wort.

Herr Bönisch

Ich möchte nachfragen, ob das sich nicht trennen lässt?

Wir haben ja mit dem Jahresabschluss und dem Zahlenwerk überhaupt kein Problem. Es geht ja nur um die Frage der Entlastung des Oberbürgermeisters, die aus meiner Sicht rechtlich unklar ist, was das für eine Wirkung hat.

Könnten wir, und das frage ich dann jetzt Herrn Schreyer, diesen Beschluss nicht dann auch teilen?

Das wir zuerst sagen, wir machen, wir beschließen den Jahresabschluss einerseits. Da könnte ich auch heute mitgehen.

Und den zweiten Teil, Entlastung des Oberbürgermeisters dann als Extrabeschluss, den nochmal zu vertagen. Frage, geht das? Ich denke ja.

Herr Lange

Da das natürlich ganz klare Auswirkungen auf die Frage hat, wie wir mit dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Bönisch umgehen, bitte ich Herrn Schreyer jetzt noch mal, das rechtlich uns zu erläutern.

Beispielsweise, ob man die Punkte trennen kann, ob man unter Vorbehalt entlasten kann. All die Punkte, die jetzt als Fragen gekommen sind, würde ich Herrn Schreyer bitten, uns das jetzt noch mal zu erläutern.

Herr Schreyer

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Vielen Dank Herr Vorsitzender für die Erteilung des Wortes.

Wie ich eben schon ausgeführt habe, kann eine Entlastung unter einem teilweisen Vorbehalt erfolgen.

Herr Dr. Meerheim hat aber schon zu Recht darauf hingewiesen, dass die Entlastung des Oberbürgermeisters in diesem Zusammenhang rein politischer Natur ist für die Rechnungslegung. Sie hat keinerlei Auswirkungen auf mögliche Disziplinarverfahren, Strafverfahren oder eventuelle Schadensersatzansprüche, sofern die irgendwann mal geltend gemacht werden sollten. Das ist allgemeine Auffassung und entspricht auch der einschlägigen Kommentierung zur Kommunalverfassung.

Insoweit kann ich Herrn Dr. Meerheim nur beipflichten. Die Entlastung des Oberbürgermeisters hat hier nur im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss und der entsprechenden Rechnungslegung zu tun. Und keine Auswirkung auf die zitierten Verfahren.
Danke.

Herr Lange

Gut. Vor dem Hintergrund dieser Erläuterung frage ich Herrn Bönisch, ob er seinen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des gesamten Punktes aufrechterhalten möchte?

Herr Bönisch

Das ist ja eine ziemlich klare Aussage. Das ist natürlich jetzt so, dass sie sagen, das steht auch in den Kommentaren, möglicherweise ist es ja dann doch anders. Es gibt jetzt diesen Vorbehaltsvorschlag. Wenn das jetzt aus ihrer Sicht nicht zu trennen geht . . .

Herr Lange

Bitte zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Bönisch

. . . bitte, also natürlich ein bisschen muss ich dann schon dazu sagen zur Begründung, damit das auch nachvollziehbar wird. Es soll ja jemand dann darüber entscheiden.

Da würde ich dann doch vorschlagen, dass wir jetzt eben diesen Änderungsantrag von Herrn Doege beraten. Und wenn der durchgekommen ist, dann würde ich auch nicht mehr Vertagung beantragen wollen.

Herr Lange

Das ist sehr schwierig, Herr Bönisch. Wir sind immer noch in dem Verfahren zum Geschäftsordnungsantrag. Ich verstehe das jetzt so, dass Sie diesen Geschäftsordnungsantrag zurückziehen.

Herr Bönisch

Ich ziehe den Geschäftsordnungsantrag jetzt zurück.

Herr Lange

Wunderbar, das ist eine klare Aussage.

Dann hätte jetzt Herr Krause das Wort und anschließend Herr . . . es hat sich erledigt. Herr Rothe hatte sich noch gemeldet. Herr Rothe, möchten Sie noch das Wort? Sie hatten sich gemeldet. O.k.

Dann bräuchten wir jetzt den Änderungsantrag von Herrn Doege.

Herr Doege

Auf die Schnelle, in der Hoffnung, dass wir es alle richtig so verstehen, wie ich es gemeint habe. Und zwar wird der letzte Satz in Ziffer 3 einfach nach dem Punkt fortgesetzt „ . . . unter dem Vorbehalt, dass laufende und eventuell künftige juristische Auseinandersetzungen zu den Personalmaßnahmen im Bereich OB vom Dezember 2012 von dieser Entlastung ausgenommen sind.“

Da geht der strenge Blick erst mal zu Herrn Schreyer, ob er damit leben kann, auf die Schnelle. Und zu Ihnen natürlich.

Ich habe Sie jetzt nicht verstanden, tut mir leid.

Herr Krause

Es müsste heißen, „ . . . dass die Folgen für . . .“ und dann kommt das, was Sie sagen. Dann würde es stimmen.

Herr Doege

Das verstehe ich jetzt nicht so. Also ich dachte, ich hab es klar formuliert. Ich gebe es Ihnen nochmal zum Lesen.

Herr Lange

Genau, wer schreibt es auf die Tafel?

Bitte einen kleinen Moment. Wir bearbeiten das jetzt so, dass alle das mitlesen können und dann haben wir da auch eine gewisse Klarheit.

So, damit es noch ein bisschen komplizierter wird, wird Herr Geier, Entschuldigung Herr Schreyer jetzt noch mal ein Zitat vorlesen und noch mal etwas zu dem jetzigen Verfahren sagen. Ich erteile Herrn Schreyer das Wort.

Herr Schreyer

Vielen Dank Herr Vorsitzender. Die Verwaltung weist noch einmal dringend darauf hin, dass, wenn die Entlastung des Oberbürgermeisters durch den Rat nicht oder nur eingeschränkt erfolgt, dies zwingend zu begründen ist.

Vielen Dank

Herr Lange

Es wäre jetzt also möglich, eine kurze mündliche Begründung abzugeben und diese per Wortprotokoll aufzunehmen.

Zwischenrufe

Das wird jetzt schwierig, weil wir hier einen Antrag haben. Und es muss jetzt begründet werden.

Herr Doege würde das jetzt . . .

Herr Doege kommen sie einfach zu uns.

Herr Doege

Es müsste juristische Auseinandersetzung lauten und dann von Dezember 2012 von dieser Entlastung und nicht was dieser Entlastung. Das habe ich bestimmt nicht geschrieben. Das ist meine Schrift, ich weiß es ja.

Herr Lange

Herr Bönisch, Sie haben eine Frage, bitte.

Herr Bönisch

Ja, meine Frage war glaube ich nicht beantwortet worden, ob man die Beschlussvorlage jetzt trennen kann. Das man die Entlastung jetzt nochmal verschiebt und sich dann überlegt, ob man noch was machen muss oder will. Aber diesen Teil 1, das hätte ich heute schon beschlossen.

Herr Lange

Herr Schreyer, können sie das sagen?

Herr Lange

Na irgendjemand aus der Verwaltung müsste uns jetzt sagen, ob wir diese Vorlage voneinander trennen können. Das wird ja wohl noch möglich sein.

Die Verwaltung hat sich geäußert, sagt Frau Ernst und es gibt keine weiteren Kommentare.

Zwischenrufe . . . die Frage ist nicht beantwortet worden . . .

Herr Lange

Ich kann Ihnen das jetzt nur so sagen. Herr Bürgermeister, dann müssten Sie jetzt bitte Stellung nehmen im Auftrag des Oberbürgermeisters, der gerade nicht anwesend ist und sagen, wenn Sie sich nicht noch mal äußern wollen.

Herr Bürgermeister Geier

Um was geht es jetzt, ob eine Trennung . . . ? Also aus meiner Sicht kann man keine Trennung vornehmen.

Ich begründe das damit, dass es hier um das Zahlenwerk geht, das festzustellen und zu entlasten ist.

Herr Lange

Für weitere Vorschläge bin ich sehr dankbar. Zuerst hat sich Frau Nagel gemeldet und dann Herr Häder.

Frau Nagel

Ich habe einen Änderungsvorschlag. Und zwar würde ich vorschlagen, wir machen einen Punkt 3a „Der Stadtrat erteilt für den Zeitraum 01.01. bis zum 30.11. Entlastung“ und einen Punkt 3b „Der Stadtrat erteilt Entlastung für den 01.12. bis 31.12.“

Und dann können die Stadträte ja 3a und 3b getrennt abstimmen und sagen, ob sie zustimmen oder nicht.

Wäre jetzt mein Kompromissvorschlag. Denn es handelt sich ja offensichtlich nur um den Zeitraum 01.12. bis 31.12. Und wenn wir den 3b separat haben, kann man sagen, entlasten wir oder entlasten wir nicht.

Herr Lange

Gut, das ist ein weiterer Vorschlag für das Verfahren.

Herr Häder.

Herr Häder

Also ich will es jetzt nicht zu sehr verkomplizieren. Ich hätte einfach gesagt, man nimmt das raus und schreibt bloß „Der Stadtrat erteilt für den Zeitraum 1. Januar bis 30. 11.2012 der Oberbürgermeisterin a. D. Entlastung“. Der Rest wird gestrichen.

So beschließen wir das jetzt und wenn die Stadtverwaltung oder der Oberbürgermeister der Meinung ist, dass der Beschluss so nicht rechtmäßig ist, soll er dann in Widerspruch gehen.

Herr Bürgermeister Geier

Darf ich noch was dazu sagen?

Herr Lange

Die Verwaltung darf immer reden, Herr Geier bitte.

Herr Bürgermeister Geier

Also einfach noch mal ein rein formaler Hinweis. Nach der Gemeindeordnung ist ein Jahresabschluss für den Zeitraum 1. Januar bis 31.12. für das Kalenderjahr festzustellen. Wenn Sie das trennen, also personell von der Führung der Verwaltung, dann ist unklar, welche finanziellen Zahlen hinter dem Zeitraum 1. Januar bis 30.11. stehen und was . . . natürlich . . . doch das ist so.

Sie stellen den Jahresabschluss für das Kalenderjahr fest. Und von dieser Feststellung des Kalenderjahres kann man auch nicht abweichen. Weil, das ist eine klare Vorgabe der Gemeindeordnung/Kommunalverfassungsgesetz.

Und wenn Sie jetzt eine Differenzierung vornehmen zu den Hauptverwaltungsbeamten, sprich der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister müssten Sie konsequenterweise einen Jahresabschluss für 11 Monate und einen Jahresabschluss für einen Monat erstellen. Das ist nicht zulässig.

Herr Lange

So, Herr Krause.

Herr Krause

Genauso ist das. Herr Geier hat etwas erklärt, was wir im Rechnungsprüfungsausschuss ausführlichst diskutiert haben. Genau die Variante haben wir nämlich auch schon diskutiert. Hier wird nämlich nicht die Person sondern das Mandat entlastet. Und die Person durch das Mandat, das entlastet ist, entlastet.

Deswegen funktioniert es nicht, hier sozusagen Zeiträume zu trennen.

Das was jetzt steht ist zwar gut gemeint. Aber aus *Vorbehalt* müsste vielleicht das Wort *Annahme* werden. Wie auch immer das zum Schluss aussieht. Die Formulierungen sind für uns, im Grunde was die Folgen angeht, so unklar, dass wir auch diesem Änderungsantrag letztendlich nicht zustimmen können, weil wir alle mit den letzten Erklärungen, die Herr Schreyer abgegeben hat, die Folgen gar nicht wirklich absehen können.

Es ist viel im spekulativen Bereich.

Wir bleiben dabei, wir würden bitten, dass die Punkte 1 – 3 getrennt abgestimmt werden und dann kriegt man auch eine Klarheit. Dann können wir zum Beispiel den Punkten 1 und 2 zustimmen. Dann ist das Zahlenwerk bestätigt und die Entlastung kann möglicherweise dann später kommen.

Herr Lange

Gut, Herr Häder, möchten Sie noch mal.

Herr Häder

Ich wollte nur sagen, dass ich das von Herrn Geier nicht nachvollziehen kann. Weil, das Zahlenwerk kann man ja beschließen, unabhängig davon, ob ich jemanden davon entlaste oder auch nicht dafür entlaste.

Weil, das Zahlenwerk teile ich auch nicht auf. Ich sage, die Rechnung, so wie sie vorgelegt wird, ist richtig. An den Zahlen doktert ja auch keiner rum. Sondern die Frage ist nur, ob ich denjenigen dann auch dafür entlasten kann oder nicht.

Aber ich will es auch nicht weiter verkomplizieren. Von mir aus machen wir es so, wie es Herr Krause vorschlägt. Wir stimmen bloß den ersten beiden zu und dem dritten dann nicht.

Herr Lange

Gut, wir nähern uns einer Lösung.

Herr Bönisch hätte jetzt nochmal das Wort.

Möchte nicht.

So, dann habe ich jetzt mehrere Vorschläge.

Und zwar, den Punkt 3 aufzutrennen. Frau Nagel, wollen Sie bei diesem Vorschlag bleiben? Das ist nicht der Fall.

Dann gibt es den Änderungsantrag. Herr Doege, möchten Sie und die CDU bei dem Änderungsantrag bleiben?

Also den Änderungsantrag zurückziehen? Verstehe ich das so, dass Sie den Änderungsantrag zurückziehen? Wunderbar.

So, wir kriegen Klarheit in das Verfahren. Die Vertagung ist auch vom Tisch und wir können dann jetzt die Punkte einzeln abstimmen.

Wer dem Punkt 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine große Mehrheit. Die Gegenstimmen, die Stimmenthaltungen? Keine Gegenstimmen, keine Stimmenthaltungen.

Wer dem Punkt 2 zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Es gibt keine Gegenstimmen und keine Stimmenthaltungen.

Und den Punkt 3, wer dem Punkt 3 zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Ich möchte das gern auszählen. Bitte noch einmal die Ja-Stimmen, die Gegenstimmen und die Stimmenthaltungen.

So, diesem Punkt wurde nicht zugestimmt. Es gab 18 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkt 1	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 2	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 3	18 Ja Stimmen 21 Nein Stimmen 9 Enthaltungen

geänderter Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister stellt gem. 108a Abs. 1 Satz 2 GO LSA und auf der Basis des Prüfberichtes des Fachbereiches Rechnungsprüfung vom 16.04.2014 die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2012 fest.

2. Der Stadtrat beschließt gem. § 108a Abs. 1 Satz 3 GO LSA den geprüften Jahresabschluss 2012 mit einer Bilanzsumme von 1.951.630.469,87 EUR. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.074.901,36 EUR wird gemäß § 24 GemHVO Doppik auf neue Rechnung vorgetragen. Davon werden 12.608.235,19 EUR durch die Verwendung der Ergebnisrücklage aus der Sonderrücklage gedeckt.

~~3. Der Stadtrat erteilt für den Zeitraum vom 01.01.2012-30.11.2012 der Oberbürgermeisterin a.D., für den Zeitraum vom 01.12.2012-31.12.2012 dem Oberbürgermeister gem. § 108a Abs. 1 Satz 4 GO LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2012 die Entlastung.~~

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde ganz gern dazu eine Erklärung abgeben, ehe Sie in der Tagesordnung weiter fortfahren.

Herr Lange

Das dürfen Sie. Der Beschlusspunkt ist abgeschlossen und er darf natürlich eine Erklärung abgeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Meine Damen und Herren, das was Sie hier gezeigt haben, besonders den beiden Fraktionsvorsitzenden Herrn Krause und Herrn Bönisch möchte ich deutlich sagen, dass beide auch zu dieser Zeit im absoluten Mitwirkungsverbot sind, in der Konkurrenzsituation zum OB.

Und zum zweiten möchte ich hier ausführen, dass dieses Verhalten hier deutlich macht, dass Sie die Rechtslage momentan immer noch nicht verstanden haben.

Derjenige der da sitzt, also Sie haben die Entlastung auch Frau Oberbürgermeisterin a. D. Szabados nicht erteilt. Und natürlich auch entsprechend dem OB nicht erteilt.

Dieses ist nicht zulässig, weil beide Personen darauf einen Anspruch haben. Und deshalb gehe ich gegen den Punkt 3 in Widerspruch.

Herr Lange

Gut.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Und Sie können sich die Funktion des Oberbürgermeisters, auch wenn er etwas darstellt, können sie nicht einfach sagen, er ist dann im Mitwirkungsverbot, weil er seinen rechtlichen Pflichten nach der Gemeindeordnung, nach der Kommunalverfassung nachkommen muss.

Herr Lange

Auch das müssen wir noch klären.

So, Herr Krause möchte auch noch eine Erklärung abgeben.

Herr Krause

Ich weise erst mal diese Vorwürfe zurück und beantrage ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Lange

Es wird ein Wortprotokoll zu dem gesamten Tagesordnungspunkt geben.

Ende des Wortprotokolls

**zu 6.18 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Freiflächengestaltung Steintor
Vorlage: VI/2014/00036**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Freiflächengestaltung Steintor im investiven Finanzhaushalt,

PSP-Element 8.55101018.700/ Sachkonto 78530000 sonstige Baumaßnahmen in Höhe von **1.752.100 €**.

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung 2014 aus dem PSP-Element 7.660057.700.200 Thomasiusstraße/ Sachkonto 78520200 Tiefbauleistungen in Höhe von **1.752.100 €**.

zu 6.19 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Planungs- und Bauleistungen zur Maßnahme HFC-Nachwuchszentrum zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Haushaltsjahr 2014
Vorlage: VI/2014/00128

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass seine Fraktion dem Umzug des Trainingszentrums des HFC vom Sandanger in die Silberhöhe ausdrücklich begrüßt. Schon bei der Einrichtung des Kunstrasenplatzes am Sandanger habe seine Fraktion auf den ungünstigen Standort verwiesen, da dort immer wieder Hochwassergefahr droht.

Des Weiteren merkte er bezüglich der Schadenshöhe am Standort Sandanger an, dass diese sich von einer Planung eines Ersatzstandortes in der Silberhöhe ableitet. Aus den Unterlagen sei nicht ersichtlich, dass am Standort Sandanger die Ermittlung der Schadenshöhe mit der Durchsicht der einzelnen Posten erfolgte.

Seiner Meinung nach gäbe es Unsicherheiten dahingehend, ob der Fördermittelgeber die Summe in der Form anerkennt, da Flutmittelhilfe in Höhe der wirklich, tatsächlich entstandenen Schäden ausgereicht werden und nicht in der Höhe für einen Ersatzstandort.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Feigl** an, was passiert, wenn die Flutmittel nicht in der aufgeführten Höhe fließen und wie dann damit umgegangen wird.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, bot die Einsichtnahme in das Gutachten an.

Zu den Ausführungen von Herrn Feigl äußerte sie sich dahingehend, dass zuerst der Schaden durch das Hochwasser festgestellt werden musste, welcher am Ort des Schadens entstand. Sollte ein Totalschaden entstanden sein und ein Wiederaufbau am selben Standort aus verschiedenen Gründen nicht möglich, würden die Kosten eines Ersatzbaues ermittelt. Diese Kosten fließen in das Gutachten ein und sind Teil des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften, beschließt die Mehrauszahlung im Haushaltsjahr 2014 für die Planungs- und Bauleistungen zur Maßnahme HFC-Nachwuchszentrum zur Beseitigung von Hochwasserschäden (Maßnahme Nr. 195) in Höhe von **520.000 EUR** aus dem PSP-Element 8.42101014.700/ 78517777 HW 195 Nachwuchsleistungszentrum HFC.

Die Deckung erfolgt aus Zuweisungen vom Land gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 innerhalb des PSP-Elementes 8.42101014.705/ 68117777 in Höhe von **520.000 EUR**.

zu 6.20 Einziehung des Parkplatzes im westlichen Robinienweg
Vorlage: V/2014/12840

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass der Parkplatz im westlichen Robinienweg gemäß § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingezogen wird.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

zu 6.21 Bebauungsplan Nr. 32.10 Heide-Süd - Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12876

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 32.10 Heide-Süd wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

zu 6.22 Bebauungsplan Nr. 32.10 Heide-Süd - Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12877

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
1 Nein Stimme
1 Enthaltung

**zu 6.25 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 29
„Sonderbaufläche Sportpark Karlsruher Allee“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12936**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass er ein Problem mit dem Umgang mit Standorten, die Hochwasser gefährdet sind, sehe.

Schon bei der Genehmigung des Projektes vor 10 Jahren habe seine Fraktion an dem Standort Sandanger massive Kritik geübt und Zweifel an der Standortwahl geäußert. Damals habe die Stadt argumentiert, dass kein anderer Standort in der Stadt möglich sei, der einem Landesleistungszentrum gerecht werden könnte. Und im Hochwasserfall würden Schäden von höchstens 12.000 Euro auftreten, um den Platz wieder herzurichten.

Aus seiner Sicht werde die Hochwassergefahr insgesamt zu wenig berücksichtigt und er verwies darauf, bei zukünftigen Entscheidungen den Hochwasserschutz konsequenter einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 29 „Sonderbaufläche Sportpark Karlsruher Allee“ im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Sportpark Karlsruher Allee“.
2. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der Änderung ist der Anlage der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt das in der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannte Planungsziel.

**zu 6.26 Bebauungsplan Nr. 167 "Sportpark Karlsruher Allee" -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2014/12935**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 167 „Sportpark Karlsruher Allee“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 8 ha.

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 6.27 Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)/
Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf - Entwurf
Vorlage: V/2014/12939**

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, verwies darauf, dass die geringe Kaufkraft in Halle sowie der Umstand, dass Einzelhandel in der Peripherie in der Stadtentwicklung nicht zuträglich sind, dazu bewogen haben, ein Einzelhandelskonzept für die Stadt zu beschließen. Damit habe man die Innenstadt als Handelszentrum aufrechterhalten und die Nahversorgung in den Wohngebieten sichern wollen, was auch im Stadtgebiet Ammendorf gegeben ist.

Die Erschließung eines neuen Einzelhandelszentrums und Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes würde dazu führen, dass dort kein Nahversorgungszentrum entsteht, sondern der stadteinwärts fahrende Verkehr abgefangen und an anderer Stelle Lücken aufgerissen werden.

Aus diesem Grund könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Zum gleichen Thema merkte **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, an, dass die Vorlage schon einmal vom Stadtrat abgelehnt wurde.

Er könne sich aber eine Verbesserung der Einzelhandelsstruktur in Ammendorf vorstellen, obwohl man nicht von einer Unterversorgung, was den Lebensmittelbereich betreffe, sprechen könne.

Er führte weiter dazu aus, dass die Ausweisung eines Vollversorgers an der Peripherie in Ammendorf gravierende Auswirkungen auf das Stadtzentrum von Ammendorf haben wird. Wenn es am Rande von Ammendorf ein größeres Einkaufszentrum geben soll, sei folgerichtig, dass das alte Stadtzentrum von Ammendorf langfristig vernachlässigt wird. Seiner Meinung nach wäre es sinnvoller, mit kleineren Strukturen den gewachsenen Kern in diesem Stadtteil zu unterstützen, durch solche Maßnahmen, die eine langfristige Struktur gewährleisten.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Feigl** auf den zukünftigen Ausschuss für Stadtentwicklung, in welchem schon im Vorhinein solche Maßnahmen diskutiert werden können.

Abschließend plädierte er für die Ablehnung der Vorlage.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte deutlich, dass aus seiner Sicht schon zum zweiten Mal vom Einzelhandels- und Zentrenkonzept abgewichen werden soll. Zuerst in Büschdorf und jetzt in Ammendorf.

Für ihn sei kein System mehr erkennbar, warum die Verwaltung in bestimmten Fällen abweicht und einem Neubau zustimmt und im nächsten Fall zum Beispiel ein weiterer Supermarkt abgelehnt wird. Er sehe darin auch ein Problem für die Investoren, denen man die unterschiedliche Vorgehensweise nicht erklären könne.

Er plädierte dafür, die Beschlüsse ernst zu nehmen, auch wenn festgestellt werden muss, dass am Standort Ammendorf kein zusätzlicher Bedarf für die Ausweisung weiterer Lebensmittelhandelsflächen besteht.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, knüpfte an die Beiträge von Herrn Feigl und Herrn Häder an und äußerte sich dahingehend, dass es nicht zutreffend sei, dass es kein Erfordernis für ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept gäbe.

Bezugnehmend auf den Standort Büschdorf führte er aus, dass es sich in das Einzelhandels- und Zentrenkonzept eingeordnet habe, da Büschdorf als Nahversorgungszentrum vorgesehen war und auch realisiert wurde.

Die Verwaltung hatte einen Beschluss des Stadtrates zur Erarbeitung eines Einzelhandelskonzeptes und dem Auftrag der Prüfung aus Sicht der Verwaltung, ob ein Nahversorgungsstandort in Ammendorf möglich wäre.

Das Ergebnis der Prüfung wurde unter dem TOP 10.2 als Mitteilung unterbreitet.

Dabei wurden drei mögliche Standorte in Ammendorf, das historische Zentrum und die zwei betrachteten Erweiterungsmöglichkeiten entlang der Merseburger Straße geprüft und mit dem Gutachter rückgekoppelt.

Beim Zentrum von Ammendorf habe man die Einschränkung der vorhandenen verfügbaren Fläche. Aus dem Gesichtspunkt heraus wurde das Zentrum historischer Bereich Ammendorf verworfen und es bestehe jetzt eine Chance, mit der Spiegelung von Einzelhandelsangeboten, welche es schon auf der westlichen Seite der Merseburger gibt, eine Erweiterung auf der östlichen Seite zu erreichen.

Einen weiteren Aspekt sieht die Verwaltung bezüglich des städtischen Handlungsbedarfes im Umgang mit dem alten Betriebsgelände in Ammendorf, was aus planerischer Sicht auch möglich wäre.

Herr Beigeordneter Stäglin machte weiterhin deutlich, dass die Resonanz der Einzelhandelsunternehmen zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept gut ist, da man sich daran orientieren könne, welche Erweiterungen noch möglich sind.

Und wenn es ein Plan- und Handlungserfordernis wie in diesem Fall gibt, dann sollte man nicht das Konzept ändern, sondern der Prozess muss mit der Öffentlichkeitsbeteiligung und Information des Abwägungsergebnisses an den Stadtrat durchgeführt und danach eine Beschlussvorlage im Ergebnis des Verfahrens vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

23 Ja Stimmen

20 Nein Stimmen

4 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf zur Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes bezüglich der Aufnahme des Nahversorgungszentrums Ammendorf.
2. Der Abgrenzungsvorschlag für den zentralen Versorgungsbereich Nahversorgungszentrum Ammendorf in Anlage 1 der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung wird bestätigt.
3. Der Entwurf zur Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes einschließlich des Abgrenzungsvorschlages wird öffentlich ausgelegt.

zu 6.28 Bürgerhaushalt Vorschlag B-42 Wasserspielplatz und Parkanlagen in Heide-Süd
Vorlage: V/2014/12469

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. zu prüfen, ob die Errichtung einer Toilettenanlage am Wasserspielplatz Heide-Süd im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans 32.6 im Zusammenhang mit der Errichtung eines Stadtplatzes sowie die dauerhafte Unterhaltung der Anlage durch Drittfinanzierung möglich ist
2. sich für den Wasserspielplatz Heide-Süd verstärkt um eine Spielplatzpatenschaft zu bemühen
3. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

zu 6.29 Bestellung eines Beschäftigtenvertreters für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2014/12894

In Bezug auf das Abstimmungsverfahren erklärte **Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, dass es sich nicht um eine Wahl, sondern um einen Abstimmungsvorgang handeln würde.

Nach der neuen Regelung im Kommunalverfassungsgesetz gelten für die Besetzung einer Stelle mit Personen die Vorschriften einer Wahl entsprechend. Im vorliegenden Fall wird die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder benötigt und es muss über beide Kandidaten getrennt abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
45 Ja Stimmen
1 Nein Stimme
4 Enthaltungen
Frau Birgit Schmeil

abgelehnt
4 Ja Stimme
10 Nein Stimmen
28 Enthaltungen
Herr Volker Weise

Beschluss:

Der Stadtrat bestellt einen der nachfolgenden, von der Personalvertretung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung vorgeschlagenen Bediensteten, als Beschäftigtenvertreter in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung:

Frau Birgit Schmeil
Herr Volker Weise

**zu 6.30 Besetzung von Aufsichtsgremien (Beirat) des Jobcenters Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00031**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Entsendung der nachstehenden Personen in den Beirat des Jobcenters Halle (Saale).

Bartl, Harald	CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Schachtschneider, Andreas	CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Haupt, Ute	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
Schied, Thomas	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
Rothe, Bernward	SPD-Fraktion
Rupsch, Marco	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2. Der Oberbürgermeister, als gesetzlicher Vertreter der Stadt Halle (Saale), wird ermächtigt, für die Neubesetzung des Beirates des Jobcenters Halle (Saale) alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 6.31 Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen nach dem Hochwasser 2013 und Beschluss zur Höhe und Veränderung der Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser des Landes Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00119**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Nachmeldung von 3 Maßnahmen und einer Erhöhung des Gesamtschadens um insgesamt 3.977.689,12 € zu.

zu 7 Wiedervorlage

zu 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt Vorlage: V/2014/12794

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass der Antrag entsprechend dem Vorschlag des Oberbürgermeisters geändert wurde.

Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, warb für den Antrag, welcher schon im Mai 2014 im Stadtrat ausführlich diskutiert und in den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft verwiesen wurde. Dort wurde dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Mit dem Antrag gehe es darum, einen Prozess in Gang zu setzen, damit sich die Stadt um den Titel Fairtrade-Stadt bewirbt und den Titel anstrebt. Das Thema fairer Handel soll in die breite Öffentlichkeit getragen werden und die Stadt reihe sich in die Gesellschaft von gut 200 Städten ein, die dieser Kampagne bisher folgen.

Herr Aldag machte weiter darauf aufmerksam, dass mit dem Beschluss die Voraussetzungen zur weiteren Arbeit der Steuerungsgruppe gesetzt werden sollen.

Mit der vorgenommenen Änderung des Antrages habe man dem Vorschlag des Oberbürgermeister zugestimmt, da dieser im Wirtschaftsausschuss plausibel erklärt habe, wie die Verwaltung personell und inhaltlich diesen Antrag umsetzen wird.

Zum gleichen Thema erklärte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, dem Antrag nicht zustimmen zu können. Er würde sich bei einer Abstimmung der Stimme enthalten und begründete es damit, dass Fairtrade zwar ein wichtiges Problem sei, aber in der Stadt Halle, wo es auch noch Armut gäbe, nicht vorrangig zu behandeln wäre.

Außerdem halte er das Fairtrade-System für einen falschen Ansatz. Durch Studien sei nachgewiesen worden, dass die Verarbeitung der Produkte in den entsprechenden Ländern viel wesentlicher wäre. Letztlich werden durch das System Strukturen gefördert, die dazu führen, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen schlechter sind.

Die Ausführungen von Herrn Häder wies **Herr Krause, SPD-Fraktion**, als egoistischen Ansatz zurück. Er könne die Begründung der Ablehnung nicht unterstützen, da man bereit sein müsse solidarisch zu denken und anderen zu helfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass die Verwaltung den geänderten Antrag mit eigener Öffentlichkeitsarbeit unterstützen wird. Darüber hinaus wolle man in den Außenkontakten mit den Gewerbebetrieben auf das Anstreben des Titels durch die Stadt hinweisen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

~~Der Stadtrat beschließt die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ und strebt den in Deutschland von TransFair e.V. verliehenen Titel „Fairtrade-Stadt“ an. Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadt, die zur Erlangung des Titels erforderlichen Kriterien zu erfüllen und sich mit mindestens einer Vertreterin/ einem Vertreter der Stadt an den regelmäßigen Treffen der koordinierenden lokalen Steuerungsgruppe zu beteiligen. Über die Aktivitäten auf dem Weg zur Fairtrade-Stadt wird entsprechend regelmäßig auf der städtischen Homepage informiert. Die Verwaltung wird beauftragt die finanziellen Auswirkungen der Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ für die Stadt zu ermitteln.~~

**zu 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) in das Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland
Vorlage: V/2014/12801**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über das Vorliegen eines Änderungsantrages von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand und bat diesen um Erläuterungen dazu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die Stadt Halle (Saale) Mitglied im Dual Career Netzwerk Deutschland wird und damit die Hochschulen des Netzwerkes, insbesondere die Martin-Luther-Universität, im Wettbewerb um neue Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützt. Sie *empfiehlt* ihren kommunalen Unternehmen die Mitgliedschaft.

Die Empfehlung an die kommunalen Unternehmen hänge damit zusammen, dass er bezüglich der kommunalen Unternehmen keine Anordnungen treffen könne. Mit dem Beschluss spreche die Stadt den Unternehmen eine Empfehlung aus.

Da der Änderungsvorschlag vom Antragsteller übernommen wird, bat **Herr Lange** um Abstimmung des so geänderten Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

1 Enthaltung

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Halle (Saale) ~~und ihre kommunalen Unternehmen werden~~ **wird** Mitglied im Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland und unterstütz~~t~~**t** damit die Hochschulen des Netzwerkes, insbesondere die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) im Wettbewerb um neue Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Sie empfiehlt ihren kommunalen Unternehmen die Mitgliedschaft.

**zu 7.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufwertung der Gesamtanlage um den Taubenbrunnen in Halle-Neustadt
Vorlage: V/2014/12818**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
1 Enthaltung

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zur Verbesserung des Zustandes der Gesamtanlage um den Taubenbrunnen, einschließlich des Brunnens, des Spielplatzes und Grünanlagen zu erarbeiten.

Zur Finanzierung des Projektes sind die Möglichkeiten von aufgelegten Förderprogrammen, **insbesondere der Städtebauförderung**, zu prüfen.

Die Beantragung der Fördermittel soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

Die entsprechende Vorlage mit einem Finanzierungsvorschlag ist dem Stadtrat zu den Haushaltsberatungen zur Entscheidung vorzulegen.

~~Die Umsetzung soll im nächsten Jahr erfolgen.~~

**zu 7.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Neuausrichtung und Umsetzung eines verwaltungsinternen Immobilienmanagements
Vorlage: V/2014/12821**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung berichtet dem Stadtrat vierteljährlich über den Umsetzungsstand der Überführung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement in einen Fachbereich Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement.
2. Im Zuge der jährlichen Haushaltsplanung erstellt die Verwaltung für alle Verwaltungseinheiten eine produktgenaue differenzierte Darstellung des Werteverzehrs der genutzten Immobilien sowie der dazugehörigen Betriebskosten.
3. Die Verwaltung legt dem Stadtrat einen Entwurf für eine städtische Immobilienstrategie zur Beschlussfassung vor.

4. Die Verwaltung berichtet jährlich über die Entwicklung des städtischen Immobilienbestandes, einschließlich des Sachstandes zur energetischen Sanierung (Energiebericht) und über die Umsetzung einer städtischen Immobilienstrategie.

**zu 7.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung von Klarnamen beim Bürgerhaushalt 2015
Vorlage: V/2014/12606**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt
23 Ja Stimmen
23 Nein Stimmen
2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung trägt Sorge dafür, dass Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2015 nur unter Angabe des Klarnamens und einer Postadresse eingereicht werden können. Anonyme Vorschläge und Vorschläge aus anderen Gemeinden werden nicht aufgenommen.

**zu 7.9 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage einer Beschlussvorlage zur Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale) und zur Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf
Vorlage: V/2014/12811**

Auf Nachfrage von **Herrn Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, erklärte die SPD-Fraktion den Antrag für erledigt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine Beschlussvorlage in die Gremien des Stadtrates einzubringen, die eine Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes und als zusätzlichen zentralen Versorgungsbereich mit der Funktion eines Nahversorgungszentrums den Standort Ammendorf vorsieht.

zu 7.14 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12725

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. *Der Beschluss des Stadtrates zur Bildung eines Gestaltungsbeirates (Beschluss-Nr.: III/2000/00980) vom 23.05.2001 und die dazu gehörenden Rechtsgrundlagen werden aufgehoben.*
2. *Die finanzielle Ausstattung der Arbeit des Gestaltungsbeirates wird zur Haushaltskonsolidierung herangezogen.*

zu 7.15 Antrag des ehemaligen Stadtrates Olaf Sieber zur Anpassung der Entfernung zwischen Wohnung und Haltestelle
Vorlage: V/2014/12798

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Änderung der Festlegung 5.2.1 des Nahverkehrsplans spätestens zum Fahrplanwechsel 2016:
5.2.1 Die Luftlinienentfernung zur nächsten Haltestelle soll für mindestens 95 % der Fläche der überwiegend bebauten Gebiete (mit Ausnahme von Industrie- und Gewerbegebieten) innerhalb eines Stadtteils bzw. Stadtviertels folgende Werte nicht überschreiten:

- 400 m im Stadtzentrum,
- 500 m in den zentrumsnahen verdichteten Wohngebieten und den Großwohnsiedlungen,
- **500 m** in gering verdichteten äußeren Wohngebieten.

zu 7.16 Antrag des ehemaligen Stadtrates Olaf Sieber zur Schaffung barrierefreier Einstiege an allen nicht straßenmittig gelegenen Bushaltestellen
Vorlage: V/2014/12828

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, fragte an, wie es sich mit der Pflicht zur Schaffung barrierefreier Einstiege bis 2020 verhalte.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass man mit Blick auf den Termin zum Jahr 2022 ein großes Ziel vor sich habe, welches bei Fortschreibung der jetzigen Zahlen nicht komplett erreicht werden kann.

In der Presseberichterstattung sei zu entnehmen gewesen, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch die Bestrebungen der Verkehrsunternehmen das Thema beim Bund und Land noch einmal ansprechen wollen, da die Vorgabe bis 2022 finanziell nicht untersetzt ist.

In den kommenden Jahren werde man die Möglichkeiten in der Verwendung der ÖPNV-Gelder prüfen. Insgesamt gäbe es dort jedoch Handlungs- und Finanzierungsbedarfe.

Zum derzeitigen Stand hat die Verwaltung schon im April 2014 eine Antwort gegeben, mit dem Hinweis darauf, dass bei linearer Fortschreibung das Ziel 2022 nicht erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

An allen nicht straßenmittig gelegenen Bushaltestellen sollen bis Ende 2018 die Einstiegsmöglichkeiten in einer der folgenden Varianten ausgebaut werden:

- a) komplett barrierefrei ausgebaute Bushaltestelle*
- oder*
- b) eine barrierefreie Einstiegsmöglichkeit für mindestens eine (mittlere) Bustür*

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Gemeinsamer Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion, der Fraktion der Alternative für Deutschland, der Fraktion der MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) zum Geschäftsbedarf der Fraktionen
Vorlage: VI/2014/00118**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich im Namen ihrer Fraktion gegen den Antrag aus. Aus ihrer Sicht gäbe der Aufwuchs von einzelnen Fraktionen von ein bis zwei Stadträten keinen Grund, eine Aufstockung oder eine solche Summe zu rechtfertigen, außer den ganz normalen Angleichungen bzw. Anpassungen, die vom TVöD vorgesehen sind

Des Weiteren habe ihre Fraktion schon mehrfach auf ein Urteil des Landesverwaltungsgerichtes und auch des Bundesverwaltungsgerichtes aufmerksam gemacht, welches besagt, dass es keine Rechtfertigung für einen grundsätzlich unterschiedlichen Geschäftsbedarf innerhalb der Fraktionen gibt, der eine solche Erhöhung der Summe in irgendeiner Form nachvollziehbar macht.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte ebenfalls darauf aufmerksam, dass seine Fraktion die Verhältnismäßigkeit in der Ausgestaltung des Antrages nicht sehe und diesem deshalb nicht zustimmen könne.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, rechnete vor, dass in der Konstellation des alten Rates in diesem Jahr Gesamtpersonalkosten für die Fraktionen in Höhe von 842.000 Euro eingeplant waren. Folge man jetzt dem neuen Vorschlag würden sich reale Jahreskosten von knapp 724.000 Euro ergeben. Damit würden die Gesamtkosten für die Stadtratsarbeit deutlich geringer ausfallen.

Weiterhin machte **Herr Bönisch** darauf aufmerksam, dass bei der alten Berechnungsformel die Gruppe von fünf bis sieben bzw. fünf bis sechs Mitgliedern deutlich herausragte.

Nach seinen Berechnungen ergaben sich pro Mitglied der Fraktion 11.000 Euro für die Fraktion DIE LINKE und die CDU-Fraktion, 14.000 Euro für die SPD-Fraktion und 25.000 Euro jeweils für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und auch für die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM.

Mit dem jetzt vorliegenden Vorschlag soll die Berechnung der Fraktionsmittel korrekter gestaltet werden.

Sollte die alte Berechnungsformel beibehalten werden, ergäbe sich eine Konstellation von 9.750 Euro pro Kopf für die CDU/FDP-Fraktion, 10.400 Euro für die Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, 14.000 Euro für die SPD-Fraktion, 20.100 Euro für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und 20.200 Euro für die kleinere Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM.

Herr Bönisch halte die sehr unterschiedlichen Beträge für nicht gerechtfertigt, befürworte jedoch, dass kleinere Fraktionen pro Kopf eine höhere Pauschale erhalten.

Der neue Vorschlag laufe darauf hinaus, dass die CDU/FDP-Fraktion 11.000 Euro pro Kopf erhalte, die Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI 11.700 Euro, die SPD-Fraktion bleibe bei 14.000 Euro pro Kopf und bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden es 90 % mehr sein und nicht mehr über 100 % sowie bei der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM 110 %.

Insofern vertrete seine Fraktion die Meinung, dass die jetzt vorgeschlagene Staffelung gerechter ist als die alte Berechnung und die höheren Summen in den größeren Fraktionen durchaus gerechtfertigt sind.

Abschließend bat **Herr Bönisch** um Zustimmung des Antrages.

Herr Senius, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass der Vorschlag ein Signal in die falsche Richtung darstellt. Er begründete dies mit den in den nächsten Wochen intensiv zu führenden Auseinandersetzungen mit dem Haushalt. Dabei werde man den einen oder anderen gut begründeten Antrag bzw. Vorschlag ablehnen müssen, mit dem Hinweis auf fehlende finanzielle Mittel.

Seiner Meinung nach sollten aus der Fraktionsarbeit sich freirechnende Mittel nicht gleich wieder für die Fraktionen ausgegeben, sondern im Ergebnis dem Haushalt zugeführt werden.

Das wäre ein Signal in die Wählerschaft und ein Signal in die richtige Richtung.

Frau Dr. Brock gab noch einmal zu bedenken, dass die kleineren Fraktionen die gleiche Arbeit leisten müssten und es keinen Unterschied mache, wieviel Mitglieder in den Fraktionen sitzen. Darauf beziehe sich auch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes und des Landesverwaltungsgerichtes.

Bezüglich der Berechnungen von Herrn Bönisch fragte **Herr Krause** an, wie eine Erhöhung um ein Mitglied 20.000 Euro rechtfertigt und um zwei Mitglieder ebenfalls 20.000 Euro zur vorhergehenden Finanzierung.

Seine Fraktion vertrete die Meinung, bei der alten Berechnung zu bleiben, um einen zusätzlichen Aufwuchs zu vermeiden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion die LINKE/Die PARTEI, informierte darüber, dass seine Fraktion ebenfalls Berechnungen pro Kopf angestellt hat und sie davon ausgehen, dass mit der neu vorgeschlagenen Berechnungsgrundlage auch der Anspruch der kleineren Fraktionen berücksichtigt wird.

Aus diesem Grund könne seine Fraktion dem Antrag folgen und diesen unterstützen.

Herr Schramm, Fraktion die LINKE/Die PARTEI, machte den Vorschlag, für jede Fraktion einen Grundsockelbeitrag festzulegen, welcher pro Mandat der Fraktion um einen bestimmten Betrag aufgestockt wird, über den man sich verständigen könne.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte Unverständnis über die Diskussion zum Antrag, da schon in der Fraktionsvorsitzendenrunde über diesen Vorschlag diskutiert und darüber abgestimmt wurde. Damals habe es keinen anderen Vorschlag der Fraktionen gegeben. Sollten jetzt andere Vorschläge vorliegen, müssten diese diskutiert werden.

Er wies aber auch darauf hin, dass es mit der neuen Berechnungsgrundlage schon eine Einsparung und eine Anpassung zwischen den unterschiedlichen Fraktionen gäbe, aus diesem Grund werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Personal- und Sachkostenausstattung der Geschäftsstellen der Fraktionen rückwirkend zum 01.07.2014 gemäß der unten genannten Zusammensetzung. Im Übrigen verbleibt es bei den bisher geltenden Regelungen.

Die Staffelung der Personalkostenpauschale setzt sich wie folgt zusammen:

3-4 Mandate	90.870 € jährlich
5-7 Mandate	124.779 € jährlich
8-9 Mandate	(noch zu ergänzen)
10-14 Mandate	156.027 € jährlich
Mehr als 14 Mandate	176.027 € jährlich

zu 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung des Bildungsausschusses mit einem sachkundigen Einwohner
Vorlage: VI/2014/00131

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt die Entsendung des Herrn Thomas Senger als sachkundigen Einwohner in den Bildungsausschuss.

zu 8.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung des Sportausschusses mit einem sachkundigen Einwohner
Vorlage: VI/2014/00142

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt die Entsendung des Herrn Oliver Thiel als sachkundigen Einwohner in den Sportausschuss.

zu 8.4 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung einer Denkmal-Skulptur zur Würdigung moderner Architektur und Baukonstruktion in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2014/00154

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, berichtete, dass die sogenannten HP-Schalen in Halle-Neustadt von Herrn Herbert Müller entwickelt worden sind. Dabei lag ihm die Idee zugrunde, bei möglichst geringem Einsatz an Stahl und Beton am Bau eine möglichst große Spannweite zu erreichen.

Bereits 1964 wurde eine HP-Schale als „Schmetterling“ auf dem Marktplatz bekannt gemacht. Und der erste Großneubau, bei dem die HP-Schalen eingesetzt wurden, war die 1967 errichtete Sporthalle im Bildungszentrum von Halle-Neustadt.

Später kamen in weiteren Bauwerken in Halle-Neustadt die HP-Schalen zum Einsatz und das Erscheinungsbild von Halle-Neustadt wurde sehr stark von der Bauweise der HP-Schalen geprägt.

Mit dem vorliegenden Vorschlag für eine Denkmalskulptur soll ein Alleinstellungsmerkmal von Halle-Neustadt gewürdigt werden. Die Kunstplattform Sachsen-Anhalt hat sich als freier Träger dieses Projektes angenommen und will es ohne finanzielle Belastung für die Stadt umsetzen. Als Standort für dieses Denkmal wird die große Wiese vor der Schwimmhalle in Halle-Neustadt vorgeschlagen.

Nach Meinung von **Herrn Dr. Bartsch** sei die Gestaltung eines solchen Denkmals in Halle-Neustadt ein würdiger Abschluss für die vielen Aktivitäten anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Stadtteiles Halle-Neustadt und auch als Bekenntnis des Stadtrates zu diesem Stadtteil zu verstehen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass seine Fraktion das Ansinnen des Antragstellers teile, jedoch den vorliegenden Entwurf zur Gestaltung eines möglichen Denkmals qualitativ nicht angemessen findet. Aus diesem Grund verwies er den Antrag zur weiteren Diskussion um gestalterische Möglichkeiten im Namen seiner Fraktion in den Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, eine Denkmal-Skulptur unter dem Arbeitstitel „Zeitspur Ostmoderne“ zur Würdigung moderner Architektur und Baukonstruktion in Halle-Neustadt einzurichten. Die Stadtverwaltung bereitet die für die Aufstellung des Denkmals erforderlichen Maßnahmen bis zum 31.03.2015 vor.

zu 8.5 - dieser Top wurde im nicht öffentlichen behandelt -

**zu 8.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Beschluss des Stadtrats zum gemeinsamen Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ (V/2014/12603), Widerspruch gegen die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes
Vorlage: VI/2014/00134**

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 8.6 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Das ist ein typischer Antrag, wo man anfangen kann, sich ein bisschen zu spezialisieren in eine bestimmte Richtung.

Also ich muss Ihnen sagen, wir hatten einen neuen Beschlusstext Ihnen hergelegt und unter Beratung des Rechtsamtes haben wir jetzt doch noch mal den Beschlusstext geändert, um der Situation Genüge zu tun.

Eingangs möchte ich sagen, das ist auch der Verwaltung bekannt, es geht uns nicht da drum, dass dieser Internetauftritt gemeinsam gestaltet wird, eine Webseite oder so.

Es geht, und das weiß auch die Verwaltung, um die rechtlichen Voraussetzungen, so etwas gemeinsam zu machen. Weil, der Datenschutz spielt da eine Rolle und auch das Kassenrecht. Also die gemeinsame Abrechnung ist so ohne weiteres rechtlich nicht möglich. Die rechtlichen Voraussetzungen müssen wir erst mal schaffen.

So, nun hat die Verwaltung dankenswerter Weise erst mal eine Fristverlängerung bis Ende des Jahres beantragt, aber der richtige Bescheid vom Landesverwaltungsamt liegt noch nicht vor, wenn ich richtig informiert bin.

Das heißt, wir müssen der Situation Rechnung tragen. Deswegen haben wir folgenden Text, den gebe ich Ihnen gleich rüber, noch mal vorbereitet, der jetzt heißen muss: „Der Stadtrat beschließt, alle Rechtsmittel gegen die Verfügung des Landesverwaltungsamtes in Gestalt der Beanstandungsverfügung vom 8. Juli 2014 auszuschöpfen.“ Und der zweite Satz wird gestrichen.

Das ist jetzt unser Vorschlag, so dass wir im Verfahren, in der Situation bleiben. Ich bitte Sie, zuzustimmen. Das ist eine Sache, die hätten wir gern aus der Welt.

Alle anderen Sachen, Design und so weiter, das ist dann Sache der Verwaltung und nicht unsere.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Bönisch.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Uns liegt ja prinzipiell auch daran, dass wir diesen Streitpunkt, diesen Gegenstand prinzipiell geklärt kriegen, weil das ärgerlich für alle Seiten ist. Wir wollen nicht in die Rechte des Oberbürgermeisters eingreifen. Manchmal bemängelt er also mit Sicherheit zu Recht, was wir beschließen. Manchmal ist es auch nicht so.

Und deswegen wäre eine solche Klärung, möglicherweise per Gericht, weiß leider, dass die Gesetze nicht ganz deutlich wird, wünschenswert.

Nun ist es so, dass ich allerdings an diesem Beispiel hier ganz konkret ehrlich gesagt, sehr überrascht war von dem neuen Beschlusstext. Was ich damals glaubte mitbeschlossen zu haben, war eigentlich was anderes.

Also ich habe das jedenfalls so in Erinnerung. Es geht um den gemeinsamen Internetauftritt von den Volkshochschulen Saalekreis und Halle.

Und dann ist das die Frage ja, ist das jetzt Eingriff in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters oder nicht.

Und jetzt lese ich den neuen Text. Und er sagt eigentlich, damals war was ganz anderes gemeint.

Herr Krause, wäre es vielleicht nicht eine Variante, dass Sie sagen, Sie ziehen jetzt den ganzen Antrag zurück und bringen das, was Sie wirklich gemeint haben, auch mal zum Ausdruck?

Möglicherweise gibt es ja dann gar kein Problem mehr mit dem Oberbürgermeister, möglicherweise.

Und dann sparen wir uns das. Weil das möglicherweise ja vor Gericht und vor sonstigen Institutionen auch keine Klärung bringt in den Fällen, die wir eigentlich gerne geklärt haben wollen.

Also insofern wäre das jetzt meine Anregung, noch mal darüber nachzudenken, vielleicht nicht gerade dieses Thema zum Gegenstand der Klärung zu machen, für einen Sachverhalt, der hier gar nicht wirklich abgebildet wird.

Herr Krause

Das geht uns überhaupt gar nicht um eine Auseinandersetzung mit der Verwaltung oder mit dem Oberbürgermeister. Nein, es ist vielleicht auch ein Missverständnis.

Uns ging es, wir haben vorausgesetzt, dass die Verwaltung das weiß, uns geht es um diese Rechtsgrundlage, die zu schaffen wäre. Das ist eine Sache, die müssen wir wollen als Rat, die müssen wir beschließen, dass wir sagen, diese Rechtsgrundlage.

Das andere, die Ausführung, zum Beispiel die Gestaltung der Webseite, was da drauf soll und so weiter, Vereinbarung mit der anderen Volkshochschule, das ist eine Sache, die ist Angelegenheit des Oberbürgermeisters. Da reden wir gar nicht rein, das ist nicht unser Thema.

Wenn er jetzt erklärt, kein Problem, wir klären diese gemeinsame Rechtssache, gucken uns das an, können wir das auch gerne zurückziehen. Das ist für uns kein Problem.

Wir wollen in der Sache voran kommen, weil wir glauben, dass das für beide Volkshochschulen eine gute Angelegenheit ist, mit einem gemeinsamen Auftritt im Internet aufzutreten, damit man nicht in eine künstlich falsche Konkurrenz kommt, was die Bürger angeht, weil ja viele Saalekreisbürger auch bei unserer Volkshochschule Kunde sind, viele Hallenser auch in den Pendant der Saalekreissparkasse hier Kunde sind. Da kann man was gemeinsam machen.

Wenn aber da Datenschutz und kassenrechtliche Dinge, die man ernst nehmen muss, dagegen stehen, muss die gemeinsame Rechtsgrundlage hergestellt werden. Und wenn Sie erklären und bereit sind und sagen, da kümmern wir uns drum, machen wir, dann haben wir damit kein Problem.

Herr Lange

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das hört sich schon ganz anders an, im Vergleich zu den anderen Sitzungen, die wir hatten. Damit bin ich selbstverständlich einverstanden und ich frage mich, warum wir hier in einen Rechtsstreit eintreten sollen.

Wir würden das so übernehmen, wie wir es eben besprochen haben und dann könnten wir auch die Rechtsangelegenheit auflösen, indem wir dem Landesverwaltungsamt das so signalisieren.

Herr Krause

Wenn Sie das so zu Protokoll erklären, dann ziehen wir das zurück.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das mache ich gern.

Herr Lange

Gut, der Antrag ist zurückgezogen.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

geänderter Beschlussvorschlag:

*Der Stadtrat beschließt, ~~Klage~~ **Widerspruch** gegen die Verfügung des Landesverwaltungsamtes in Gestalt der Beanstandungsverfügung vom 08. Juli 2014 zu erheben. **Die Widerspruchsbegründung ergibt sich aus der Begründung des Antrags.***

**zu 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM für eine alternative Prüfung des Vorhabens Sanierung der Hochstraße
Vorlage: VI/2014/00150**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion zur weiteren Diskussion in den Planungsausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte der Verweisung zu. Der Verwaltung gehe es darum, ganz systematisch durch alternative Entscheidungen und Möglichkeiten innerhalb der Stadt zu einem Ergebnis zu kommen, mit dem weitergearbeitet werden kann.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1. als Alternative zur Sanierung der Hochstraße für den Bereich von der Saalebrücke bis zur Waisenhausapotheke eine Prüfung für andere leistungsfähige Lösungen vorzunehmen. Hierbei sind u. a. die Kosten für Abriss der Hochstraße und Bau einer Allee/alternativen Lösung sowie deren Folgekosten gegenüber- und dem Stadtrat vorzustellen. Eventuelle Verkehrsprobleme sind zu benennen und zu quantifizieren.*
- 2. die bereits bestehenden verkehrsräumlichen Konzeptionen/Vorstellungen sind bei der Gegenüberstellung zu berücksichtigen und im Sinne von Punkt 1 zu bewerten.*
- 3. die Möglichkeiten zur Einwerbung von Fördergeldern zu eruieren.*

zu 8.10 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überprüfung der Stadtratsmitglieder auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR
Vorlage: VI/2014/00117

zu 8.10.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - VI/2014/00117
Vorlage: VI/2014/00202

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erläuterte, dass das Stasiunterlagengesetz §§ 20, 21 ermöglicht, die Auskunft der Stadtratsmitglieder auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR einzuholen.

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion damit, dass ein solches Verfahren von einer Person geführt werden sollte, die sich der Sensibilität in der Form bewusst ist, dass sie einem solchen Antrag zustimmen kann. Da im Hauptausschuss der Stadtratsvorsitzende, Herr Lange, dem Antrag nicht zustimmte, macht seine Fraktion den Vorschlag, dass der stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Herr Bartl, das Verfahren führen soll.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Doege machte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, darauf aufmerksam, dass jeder Stadtrat das Recht habe, sich zu einem Antrag oder einer Beschlussvorlage zu verhalten, wie er es mit seinem Gewissen vereinbaren könne. Und wenn Herr Lange diesem Antrag nicht folgt, breche dies nicht die Rechte des Stadtratsvorsitzenden.

Mit dem von der CDU/FDP-Stadtratsfraktion gestellten Antrag werde Herrn Lange „Handlungsunfähigkeit“ in diesem Prozess vorgeworfen bzw. persönliches Misstrauen ausgesprochen. Als Fraktionsvorsitzender müsse er dies ausdrücklich zurückweisen.

Herr Lange habe die Mehrheit bei der Wahl zum Stadtratsvorsitzenden gefunden und ihm jetzt zu diesem Thema die ihm sonst übliche Funktion durch einen solchen Antrag entziehen zu wollen, könne er nicht nachvollziehen. Er bat darum, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen.

Zum gleichen Thema führte **Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, aus, dass er als Betroffener dieses Änderungsantrages schon in seiner Fraktion darauf hingewiesen habe, dass dieser nicht zielführend sei.

Auch sehe er keine neuen Stadträte, die dem Jahrgang 1975 und davor entsprechen und in die neue Legislaturperiode eingetreten sind.

Weil er den Antrag für nicht zielführend halte, werde er diesem nicht zustimmen und sich der Stimme enthalten.

Seiner Auffassung nach sei das Amt des Stadtratsvorsitzenden nicht beschädigt und man könne den begonnenen Arbeitsprozess mit einem vertrauensvollen Verhältnis gemeinsam weiterführen und die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte darüber, dass seine Fraktion dem Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zustimmen wird.

Der Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion müsse man aus dem Grund ablehnen, weil damit Misstrauen gegen eine Person, die ein öffentliches Amt ausübt, ausgesprochen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schloss sich den Ausführungen von Herrn Krause an und wies in diesem Zusammenhang auf die Gleichbehandlung des Oberbürgermeisters und des Stadtratsvorsitzenden hin.

Der Stadtratsvorsitzende habe eine gewählte Funktion und Herr Lange biete nicht den geringsten Anlass für die Annahme, dass er seine Neutralität als Vorsitzender dieses Gremiums verletzen würde.

In Bezug auf die Äußerungen von Herrn Doege, dass sich nach Auffassung seiner Fraktion der Stadtratsvorsitzende in einem Glaubwürdigkeitskonflikt befindet, da er einerseits gegen eine solche Überprüfung stimmte und andererseits diese durchführen soll, verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf, dass damit Misstrauen ausgedrückt werde.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte sich dahingehend, dass er zwar den Änderungsantrag nicht befürworte, er aber nachvollziehen könne, dass man sich eventuell in einem Interessenkonflikt befindet, wenn man den Antrag nicht mittrage. Er habe den Änderungsantrag so verstanden, dass Herr Lange von einem eventuellen Interessenkonflikt befreit werden sollte.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass sie den Ausführungen von Herrn Bartl entnommen habe, dass er sich in gleicher Weise wie Herr Lange zu dem Antrag verhalten wolle. Insofern halte sie den Änderungsantrag nicht für beschlussfähig.

Des Weiteren verwies sie auf darauf, dass es keine grundsätzlichen Ausschlusskriterien dafür gäbe, an der Überprüfung nicht teilzunehmen, außer man sei aus Altersgründen noch nicht in der Lage gewesen, mit der Unterschrift die Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR zu bestätigen.

Ihre Fraktion gehöre deshalb zu den Antragstellern, weil auch 25 Jahre nach der Wende die Öffentlichkeit immer noch ein Interesse daran habe. Und wer nicht freiwillig diesen Antrag umsetzt, gäbe indirekt auch eine Botschaft ab.

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die Bemerkungen von Herrn Häder und führte aus, dass Herr Lange einen eventuellen Interessenkonflikt selbst lösen müsse. Auch sollte dem Vorsitzenden des Stadtrates zugetraut werden, getroffene demokratische Entscheidungen in seinem Amt umzusetzen.

Abschließend bat **Herr Dr. Meerheim** um Zurückziehung des Änderungsantrages der CDU/FDP-Stadtratsfraktion.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bezog sich auf die Anmerkungen von Frau Dr. Brock und machte darauf aufmerksam, dass Herr Bartl darauf verwiesen habe, dass der Antrag nicht zielführend sei, da diejenigen, die nicht überprüft werden wollen, nicht dazu verpflichtet werden .

Er zog im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag zurück.

Zum Abschluss der Diskussion erklärte **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, dass er in keinerlei Konfliktverhältnis steht. Er könne auch ein Verfahren führen, dem er nicht unbedingt zustimmen muss.

In diesem Zusammenhang verwies er auf das Angebot von Herrn Bartl. Er werde bei der Verfahrensführung auf die Mitarbeit der Stellvertreter zurückgreifen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Antrages.

**zu 8.10.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - VI/2014/00117
Vorlage: VI/2014/00202**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Die Mitglieder des neu gewählten Stadtrates für die Ratsperiode von 2014 - 2019, die vor dem Jahr 1975 geboren wurden, sollen auf hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeit beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überprüft werden.*
- 2. Die Stadträtinnen und Stadträte werden gebeten, der Einleitung einer Überprüfung ihrer Person auf hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeit beim MfS der ehemaligen DDR zuzustimmen und alle dazu notwendigen Angaben zur Verfügung zu stellen.*
- 3. Der **stellvertretende** Vorsitzende des Stadtrates, **Harald Bartl**, wird zur Abgabe der Anträge auf Überprüfung bei der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ermächtigt.*
- 4. Das Ergebnis der Überprüfung wird **vom stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Harald Bartl**, dem Stadtrat zur Kenntnis vorgelegt.*

**zu 8.10 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überprüfung der Stadtratsmitglieder auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR
Vorlage: VI/2014/00117**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Die Mitglieder des neu gewählten Stadtrates für die Ratsperiode von 2014 - 2019, die vor dem Jahr 1975 geboren wurden, sollen auf hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeit beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überprüft werden.*
- 2. Die Stadträtinnen und Stadträte werden gebeten, der Einleitung einer Überprüfung ihrer Person auf hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeit beim MfS der ehemaligen DDR zuzustimmen und alle dazu notwendigen Angaben zur Verfügung zu stellen.*

3. Der Vorsitzende des Stadtrates wird zur Abgabe der Anträge auf Überprüfung bei der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ermächtigt.
Das Ergebnis der Überprüfung wird dem Stadtrat zur Kenntnis vorgelegt.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss - Eisenbahnbrücke am Rosengarten und Vierspurigkeit Merseburger Straße
Vorlage: VI/2014/00132**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.2 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Verwaltung von Wohnungen
Vorlage: VI/2014/00133**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.3 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur inneren Organisation der Verwaltung
Vorlage: VI/2014/00141**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Ampelschaltung Delitzscher Straße/Grenzstraße
Vorlage: VI/2014/00139**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zum Arbeitszeiteinsatz städtischer Mitarbeiter
Vorlage: VI/2014/00140**

Herr Scholtyssek machte darauf aufmerksam, dass die Beantwortung der Anfrage noch nicht im System Session hinterlegt ist und bat darum, dies nachzuholen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte zu, die Hinterlegung im Session zu veranlassen.

zu 9.6 Anfrage der Stadträte Dr. Rüdiger Fikentscher (SPD-Fraktion) und Dr. Ulrike Wünscher (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zum Investitionsstau auf kommunalen Friedhöfen
Vorlage: VI/2014/00129

Herr Dr. Fikentscher erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung im Punkt 1 und den ausweichenden Antworten zu den Punkten 2 und 3 nicht einverstanden. Er verwies darauf, durch andere Fragestellungen Antworten zu diesem Thema zu erwirken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete über die Erstellung eines Konzeptes, in dem sowohl das klassische Totengedenken als auch Umstrukturierungen und Veränderungen dargestellt werden sollen. Nach Vorliegen des Konzeptes könnten dann auch die erforderlichen Investitionen aufgezeigt werden.

Herr Dr. Fikentscher machte darauf aufmerksam, dass in der Stellungnahme der Verwaltung kein Termin für ein Konzept benannt wurde und bezüglich der Investitionen eine Haushaltsdiskussion notwendig sei.

zu 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zu Wächterhäusern (Bürgerhäuser) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12888

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Umsetzung des Beschlusses V/2014/12680 - zur Zukunft des Stadtbades
Vorlage: VI/2014/00144

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.9 Anfrage der SPD-Fraktion zum Sachstand der strategischen Sozialplanung
Vorlage: VI/2014/00136

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich für die ausführliche Antwort der Verwaltung. Seine Fraktion werde jedoch noch mit weiteren Fragestellungen zu diesem Thema kommen.

**zu 9.10 Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Fraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes
Vorlage: V/2014/12597**

Die Antwort der Verwaltung soll in der nächsten Stadtratssitzung erfolgen.

**zu 9.11 Anfrage des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion) zu Schulverweigerung und Schulabbruch
Vorlage: VI/2014/00137**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Pyrolyseanlage am Hafen Halle
Vorlage: VI/2014/00146**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadtbad
Vorlage: VI/2014/00147**

Bezogen auf das Interessenbekundungsverfahren fragte **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, nach, wie dabei der Stadtrat beteiligt wird und wann die Unterlagen zur Beurteilung vorgelegt werden und weshalb der Bäderfinanzierungsvertrag nicht im Stadtrat vorgelegt wurde.

Bei der Antwort der Verwaltung auf die Frage 3 gab **Herr Wehrich** den Hinweis, dass diese nur in Ansätzen beantwortet wurde und die Aussagen zu den Gesamtmitteln für die Sanierung des Stadtbades, von denen die Stadtverwaltung ausgeht, fehlen. Ebenso wie die Fragen zur Verankerung der Sanierungsmittel im Haushalt für dieses Jahr und die Folgejahre.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Sport, teilte dazu mit, dass im Laufe des Monats September 2014 die Ausschreibung erstellt und der Entwurf dann auch mit der Interessengemeinschaft diskutiert werden soll.

Bezüglich der Gesamtmittel für die Sanierung gäbe es intensive Gespräche mit der Bäder GmbH.

Auf die Nachfrage von **Herrn Wehrich** zur Einbeziehung des Rates, verwies **Herr Oberbürgermeister Dr Wiegand** darauf, dass in der Bäder GmbH auch Vertreter des Stadtrates vertreten sind. Sollte der Wunsch bestehen, dieses Thema im Stadtrat zu besprechen, werde er dem zustimmen. Über das Einleiten des Interessenbekundungsverfahrens müsse jedoch erst in der GmbH beraten werden.

Die Anfrage zum Bäderfinanzierungsvertrag wird von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

- zu 9.14** **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Vorhaben Fuß- und Radweg Hafenbahntrasse und straßenbegleitender Geh- und Radweg Halle-Osendorf**
Vorlage: VI/2014/00148
-

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 9.15** **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2. BA**
Vorlage: VI/2014/00149
-

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass die Verwaltung auf Nachfrage mitteilte, die Klageschrift der HAVAG nicht vorlegen zu können. Im Gegenzug dazu aber im nicht öffentlichen Teil der Sitzung die Stellungnahme der Stadt dazu vorgelegt werden soll.

In diesem Zusammenhang fragte sie an, wieso der Stadtrat einerseits den Maßnahmeträger für das Stadtbahnprogramm an die HAVAG SWH delegieren kann, aber umgekehrt der Stadtrat keinerlei Möglichkeit habe, in der Folge in irgendeiner Form in den Prozess Einsicht zu nehmen.

Sie bat um eine rechtliche Stellungnahme der Verwaltung dazu.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte den Vorschlag, Vertreter der HAVAG in die nächste Planungsausschusssitzung einzuladen, damit diese noch einmal Erläuterungen zum Klageverfahren geben könnten.

Weiterhin wies er darauf hin, dass sich im schlimmsten Fall die Geschäftsführung strafbar macht, würde sie jetzt die Klageschrift herausgeben, da es sich um unternehmerische Belange handelt.

Eine rechtliche Prüfung werde er aber noch einmal über den Fachbereich Recht veranlassen.

Frau Dr. Brock verwies darauf, nötigenfalls Akteneinsicht zu beantragen.

- zu 9.16** **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verkauf und Kauf von Flächen am Hufeisensee**
Vorlage: VI/2014/00152
-

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 9.17** **Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zum Fußgängerüberweg von den Bushaltestellen der Linien 26 und 43 zum HEP**
Vorlage: V/2014/12937
-

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 9.18** **Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur organisierten Bettelei in der Innenstadt von Halle (Saale)**
Vorlage: V/2014/12938
-

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 **Mitteilungen**

- zu 10.1** **Quartalsbericht II/2014 - Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG**
Vorlage: VI/2014/00005
-

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.2** **Informationsvorlage zum Ergebnis der Standortuntersuchung für die Ausweisung eines Nahversorgungszentrums im südöstlichen Stadtbereich**
Vorlage: V/2014/12940
-

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 10.3** **Turnusmäßige projektorientierte Berichterstattung des FB Bauen**
Statusberichte für die Bauprojekte Radweg Kröllwitz,
Haupterschließungsstraße 4. Abschnitt, Gewerbegebiete Halle-Ost sowie
ÖPNV-Schnittstelle Halle-Nietleben
Vorlage: VI/2014/00073
-

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.4 Mitteilung zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 23 Teilfläche "Hufeisensee"

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.5 Überbringung einer Grußbotschaft der kanadischen Stadt Sherbrooke (Quebec) durch die Stadträtin Frau Wagner

Frau Wagner, fraktionslose Stadträtin, berichtete, dass sie über die Organisation Friendship Force, die international tätig ist und in den siebziger Jahren von Jimmy Carter zur besseren Völkerverständigung ins Leben gerufen wurde, in der kanadischen Stadt Sherbrooke weilte.

Die Organisation führe weltweite Besuche durch und der Club aus Halle sei mittlerweile sehr beliebt und mache mit seinen weltweiten Besuchen kostenlose Außenwerbung für die Stadt Halle.

Die Mitglieder des Clubs wurden unter anderem im Stadtrat der Stadt Sherbrooke begrüßt, fanden es jedoch bedauerlich, keine Grußbotschaft des Oberbürgermeisters übermitteln zu können.

Frau Wagner übergab ein Geschenk und eine Grußbotschaft der Stadt Sherbrooke an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand.

zu 10.6 Mitteilung zum Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.7 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen

Herr Krause, SPD-Fraktion, übergab ein Papier mit sechs Fragen, welche sich aus dem Bericht zu den personalwirtschaftlichen Maßnahmen ergeben haben, an Herrn Bürgermeister Geier, mit der Bitte um Beantwortung im nächsten Ausschuss für Personalbedarfsplanung.

**zu 10.8 Information zu den rechtlichen Grundlagen der Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse
Vorlage: VI/2014/00181**

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, berichtete, dass er mit einem Vertreter der CDU-Fraktion des Saalekreises und Herrn Richter, Staatssekretär im Ministerium der

Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Gespräche bezüglich der Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse geführt habe.
Dabei wurde von Herrn Staatssekretär Richter signalisiert, die Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse mit 21 Mitgliedern nicht zu beanstanden.

Aus diesem Grund schlug **Herr Bönisch** vor, jetzt den Beschluss über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates mit 21 Mitgliedern zu fassen und bat die Verwaltung um Aufklärung über die weitere Vorgehensweise zu diesem Thema.

Laut Aussage von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wird die Verwaltung beim Finanzministerium anfragen und um schriftliche Genehmigung des weiteren Verfahrens bitten.

Herr Bönisch machte darauf aufmerksam, nach Abstimmung mit dem Landrat des Saalekreises die 21 Mitglieder des Verwaltungsrates beizubehalten und in der nächsten Stadtratssitzung eine Beschlussvorlage diesbezüglich auf die Tagesordnung zu setzen. Aus seiner Sicht könne dann immer noch das Finanzministerium die Entscheidung monieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte sich mit dem von Herrn Bönisch vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden. Bisher habe die Verwaltung noch gezögert, weil der Kreistag des Saalekreises noch keine Positionierung getroffen habe.

zu 10.9 Nutzung des Stadtwappens für Stadtratsfraktionen

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.10 Information zur weiteren Vorgehensweise bei der Umsetzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen Vorlage: VI/2014/00191

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu den Mitteln für Hilfe zur Erziehung

Frau Wolff informierte darüber, dass im neuen Haushaltsplan weniger Mittel für die Hilfen zur Erziehung eingestellt sind. Da bisher immer zu wenig Mittel für diesen Bereich bereitgestellt und im Nachhinein mehr ausgegeben wurde, fragte sie, weshalb nicht gleich realistische Zahlen eingestellt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, machte darauf aufmerksam, dass das Problem im Jugendhilfeausschuss intensiv diskutiert werden sollte.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass er schon bei der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfes mitgeteilt habe, dass Annahmen getroffen wurden und man nicht nur den Preis, sondern auch die Qualität und Quantität neu definiert habe. Deshalb gehe die Verwaltung davon aus, mit dem eingesetzten Geld im Jahr 2015 auszukommen.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Finanzierung von freien Trägern

Frau Wolff berichtete, dass ihr mehrere Träger mitgeteilt hätten, dass zwar Rahmenvereinbarungen verabschiedet worden sind, jedoch das Geld nicht rechtzeitig an die Träger gelangen würde.

Aus diesem Grund fragte sie, ob dem so wäre bzw. ob die Träger rechtzeitig ihre Leistungen von der Stadt bezahlt bekommen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte mit, eine Prüfung zu veranlassen, ob alle Träger die Gelder für erbrachte Leistungen bekommen haben. Bisher lägen ihm keine Beschwerden von Trägern vor.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Bürgerarbeit

Frau Wolff bezog sich in ihrer Anfrage auf die Nichtweiterführung der Bürgerarbeit. Sie fragte an, ob die Verwaltung darüber nachgedacht habe, wie genau das Problem in den verschiedenen Vereinen und vor allem in den Sportvereinen in Zukunft gelöst werden kann, auch in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter.

Zum Thema Bürgerarbeit verwies **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, auf die schon geführte Diskussion im Sportausschuss. Zurzeit werde die schriftliche Beantwortung von sehr konkreten Fragen für die nächste Sportausschusssitzung vorbereitet. Mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung befinde man sich in engem Gespräch, um eine Lösung des Problems zu finden.

Frau Wolff machte darauf aufmerksam, dass im Sportausschuss das Thema immer wieder auf den nächsten Ausschuss verwiesen wurde und es keine Antwort durch die Verwaltung gäbe.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Zugriffsrechten auf das Ratsinformationssystem für Sachkundige Einwohner

Herr Wolter informierte darüber, dass es für die Sachkundigen Einwohner schwierig sei, sich an dem Entscheidungsprozess der Stadtratsarbeit zu beteiligen, da sie nicht über die entsprechende Technik verfügen.

Sie hätten keinerlei Zugriff auf die nicht öffentlichen Themen ihrer Ausschüsse. Des Weiteren gäbe es das Problem, dass an die sachkundigen Einwohner nicht die E-Mail-Adresse mit halle.de vergeben werden konnte, dort aber die Informationen zu den Ausschüssen versendet werden.

Laut den Ausführungen von **Herrn Paulsen, Grundsatzreferent**, ist die Frage des Zugangs der Sachkundigen Einwohner zu den internen Teilen der Ausschüsse geklärt. In den nächsten Tagen wird es eine Abfrage geben, ob der interne Zugang gewünscht wird. Für die erforderlichen Informationen sollen dann die von den Sachkundigen Einwohnern im System hinterlegten E-Mail-Adressen verwandt werden. Eine halle.de-Adresse sei dazu nicht notwendig.

Damit habe jeder von den Sachkundigen Einwohner, der digital arbeiten möchte, den vollumfänglichen Zugang im Session auf alle Unterlagen.

Herr Wolter fragte nach, ob gesichert sei, dass die Sachkundigen Einwohner alle Veränderungen, welche den Stadträten über die Adresse halle.de zugehen, auch erhalten.

Dazu teilte **Herr Paulsen** mit, dass das Programm Session stündlich aktualisiert wird. Alle, auch die kurz vor der Ausschusssitzung ins System eingestellten Änderungen seien zu Beginn der Sitzung für jeden online.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum TOP 7.1 Absicherung Ballsport

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 7.1 fragte **Herr Wolter** nach, ob es richtig sei, dass bestimmte Vereine genötigt worden sind, ihre angestammten Domizile zu verlassen.

Er fragte an, ob jetzt andere Sportvereine unter dem Ballsport leiden müssten bzw. teilweise nicht mehr über eigene Sportstätten verfügen.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, teilte mit, dass es keinen Verein gäbe, der nicht über eine Sportstätte verfüge. Es hätte zwar nicht jeder die Sportstätte, die er früher nutzen konnte, da einige Vereine verlegt werden mussten. In jedem Fall wurde aber eine Lösung gefunden.

Sie bot Herrn Wolter an, ihm eine komplette Liste der Vereine und deren Sportstätten zu übergeben.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Stand Beantwortung Bürgerbrief Baumaßnahmen Kröllwitzer Straße

Herr Wolter fragte nach dem Zustand und der weiteren Kommunikationsqualität zwischen der AG Rad und der Verwaltung sowie nach den Bauabläufen in der Kröllwitzer Straße.

Dazu teilte Herr **Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass der Brief an die AG Rad fertiggestellt sei und den Fraktionen die gewünschte Kopie zugeleitet werden soll.

Er informierte weiter über eine umfangreiche Diskussion des Themas Radweg Kröllwitzer Straße am Runden Tisch Radverkehr, wo die Veränderung der Baumaßnahme kommuniziert wurde. Nach seinem Kenntnisstand wurden die Änderungen bezüglich der Ausführungsplanung im Detail mit Herrn Spengler von der AG Rad besprochen.

Herr Beigeordneter Stäglin zog die Schlussfolgerung aus dem Thema, wie verabredet mit dem Runden Tisch Radverkehr über Regelungsdetails bei Radfahranlagen zu sprechen.

Ebenso müsse mit dem Auftragnehmer eine Auswertung dahingehend stattfinden, dass er nach Zuschlag für die Baumaßnahme gegenüber der Verwaltung erklärte, die ausgeschriebene Art und Weise nicht umsetzen zu können und die Baumaßnahme deshalb geändert werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass eine Änderung im Verfahren im Stadtrat zu behandeln ist.

Es dürfe nicht sein, dass die Unternehmen nach Zuschlagserteilung wesentliche Veränderungen vornehmen. Die Verwaltung könne dies im Hinblick auf die Fairness gegenüber anderen Unternehmen, die sich auch beworben haben, nicht hinnehmen. Er habe auch schon im Hauptausschuss darauf hingewiesen, dass Regularien gefunden werden müssen, um dahingehend eine Sperre einzuführen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzte, dass die Ausführung der Baumaßnahme in Asphalt ausgeschrieben war und die Firma erst später darauf hinwies, dass die Bauausführung in der ausgeschriebenen Art und Weise nicht möglich sei und aus Kostengesichtspunkten das Thema Pflasterung gewählt wurde.

Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Beschäftigtenvertretungen

Frau Bohm-Eisenbrandt verwies auf die heutige Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss EB Arbeitsförderung und fragte an, weshalb nicht auch die Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss für den EB Kita und den EB ZGM bestellt wurden.

Dazu teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass es beim EB ZGM keine Mitarbeiter mehr gäbe, sondern ausschließlich einen Betriebsleiter. Deshalb müsse dort auch kein Beschäftigtenvertreter gewählt werden.

Zum EB Kita informierte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, dass die Fristen für die Bestellung der Mitarbeitervertreter anders geregelt seien und erst stattfinden, wenn die Frist abgelaufen ist. Den Termin der Bestellung könne er momentan nicht nennen, werde ihn jedoch nachträglich mitteilen.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Belegungsplan der Ballsporthalle

Bezüglich der Ballsporthalle fragte **Herr Wehrich** nach dem Belegungsplan für die Nachmittags- und die Abendstunden.

Des Weiteren bat er um Informationen dazu, welche Kriterien es für die Vergabe der Hallenzeiten gegeben habe und warum die Halle nicht ihrer Bestimmung entsprechend als Dreifelderhalle genutzt werde.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, antwortete dahingehend, dass die Belegung in den Nachmittags- und Abendstunden durch die GWG geregelt wird. Da sie Betreiber der Halle ist, obliegt es der GWG, die Zeiten nach 15 Uhr zu belegen.

Herr Wehrich erklärte sich mit der Antwort nicht einverstanden. Es handelt sich um eine städtische Halle und deshalb könne sich die Verwaltung bei der Belegung der Halle nicht komplett zurückziehen.

Ebenso bat er um Mitteilung, welche Kosten für Vereine dort angegeben worden sind und weshalb die Halle nicht für andere Vereine genutzt werden kann.

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Verkauf von Flächen am Hufeisensee

Herr Wehrich bezog sich in seiner Anfrage auf die Antwort der Verwaltung zu Anfragen seiner Fraktion zum Hufeisensee, in welcher die Stadt erklärt habe, dass sie die Flächen von der LMBV dort nicht mehr kaufen wolle und dementsprechend deshalb nicht an den Investor weiter verkaufen kann. Trotzdem entnehme er aber aus der Antwort der Verwaltung, dass die Stadt an dem Vorhaben festhalte, Flächen am Hufeisensee an den Investor zu verkaufen.

Er fragte nach den Gründen des Verkaufs. Seiner Meinung nach mache es keinen Sinn Flächen zu verkaufen, ohne sicher zu sein, dass der Investor in den Besitz bzw. das Eigentum der Flächen des LMBV kommen kann.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass derzeit noch die Gespräche im Geschäftsbereich Wirtschaft und Wissenschaft zur Veräußerung der Fläche laufen.

Nach seinem letzten Kenntnisstand sei in den Planungen des Golfplatzinvestors deutlich gemacht worden, dass für ihn ein gewisses stufiges Vorgehen einhergeht, selbst wenn er nicht die Erweiterungsflächen der LMBV erwerben könne.

Weiterhin sei es legitim, wenn ein Investor sein Interesse zum Flächenerwerb bekundet, die Gespräche weiterzuführen, auch vor dem Hintergrund, dass der Rat entsprechende Beschlüsse bezüglich des Bebauungsplanverfahrens gefasst hat und noch abschließende Vorlagen dazu erhalten wird.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Radweg in der Kröllwitzer Straße

Herr Feigl fragte an, ob die Baumaßnahme zum Radweg in der Kröllwitzer Straße schon beendet und abgenommen wurde.

Laut Auskunft von **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, ist die Baumaßnahme noch nicht beendet.

Und der Brief an die AG Radweg wurde zu einem Zeitpunkt erstellt, als die Baumaßnahme noch nicht beendet war und zum Beispiel die kritisierte Fuge noch geschlossen werden musste.

Die Änderung von Asphalt in Pflaster erfolgte auch nicht willkürlich, sondern in Rückkopplung mit dem betroffenen Fachbereich in der Verwaltung.

Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Belegungsplan der Ballsport-halle

Bezüglich der Antwort der Verwaltung, dass kein Verein infolge der Verschiebung ohne Hallenkapazität sei, fragte **Herr Bönisch** nach, ob dies auch den Ballett e. V. betreffe.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, sagte eine Untersuchung diesbezüglich zu. Ihres Wissens sei kein Verein ohne Halle. Das Thema Ballett werde aufgearbeitet und eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zugesagt.

Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Umzug des Herder-gymnasiums

Herr Bönisch bezog sich in seiner Anfrage auf die Antwort der Verwaltung auf die Einwohnerfrage von Herrn Boné zum Umzug des Herdergymnasiums.

In diesem Zusammenhang fragte er an, ob belegbar sei, dass der Schulleiter und die entsprechenden Eltern zugesagt hätten, den Umzug nicht im laufenden Schuljahr, sondern erst in den Sommerferien durchzuführen.

Er wies weiter darauf hin, dass in Gesprächen mit Herrn Heinz, Fachbereichsleiter Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement, Herrn Bielecke, amt. Abteilungsleiter Hochbau, und Herrn Oemisch, Abteilungsleiter Bewirtschaftung und Bauunterhaltung, mit den Eltern ausgehandelt wurde, dass spätestens im Mai 2015 der Rückzug erfolgen kann. Seiner Kenntnis nach hätten die Elternvertreter nie die Meinung vertreten, erst im Sommer wieder zurückzuziehen.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, erklärte, dass ihm auf die gleichen von ihm gestellten Fragen von den entsprechenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung, sowohl von der Bau- als auch von der Schulverwaltung, versichert wurde, dass man sich mit der Schulleitung darauf geeinigt habe, den Auszug und den Einzug während der Sommerferien durchzuführen. Der ursprünglich angedachte Termin im Mai 2015 wurde aufgehoben, weil die Lehrerschaft und die Schulleitung fürchtete, dass es zu Störungen im Abiturablauf kommt.

Ebenso wurde er darüber in Kenntnis gesetzt, dass es Kommunikationsdefizite zwischen der Bauverwaltung und der Schulleitung bzw. der Elternvertretung gegeben habe.

Herr Bönisch informierte darüber, das Thema im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung noch einmal anzusprechen.

Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Finanzierung Moritzburg

Frau Dr. Wünscher berichtete, dass die Stiftung Dome und Schlösser ein Klageverfahren gegen die Stadt anstrebt, wegen Nichteinhaltung der Finanzierungsvereinbarung mit der Moritzburg.

Sie fragte an, ob der Vorgang in der Stadt bekannt sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die Frage zur Finanzierung der Moritzburg im Stadtrat schon intensiv und schriftlich beantwortet wurde. Dabei habe er mehrfach auf den Haushaltsvorbehalt auf Grund des Vertrages hingewiesen.

Außerdem habe man darüber diskutiert, dass sowohl die Stadt als auch der Konzern geldwerte Vorteile für diesen Bereich bereithält. Auch mit den handelnden Personen der Stiftung Dome und Schlösser wurden die geldwerten Vorteile intensiv diskutiert und besprochen, wie man damit umgehe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte den Vorschlag, in einer Darstellung die geldwerten Vorteile für die Moritzburg und die vielfältige Unterstützung durch die Stadt aufzuzeigen.

Abschließend wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass der Betrag mit geldwerten Vorteilen hinlänglich aufgefangen wird und die Stadt dies auch weiterhin tun werde.

Bezüglich eines Klageverfahrens könne er momentan keine Aussage machen.

Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu einem Imagefilm der Stadt Halle

Herr Peinhardt fragte an, von wem der Imagefilm der Stadt Halle gedreht wird und ob die Firma aus Halle kommt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die Firma nicht aus Halle kommt, jedoch der Geschäftsführer. Weitere Informationen werde er im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung geben.

Anfrage Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Ampelschaltung Hubertusplatz/ Gimritzer Damm

Herr Doege informierte darüber, dass bei den Ampelanlagen am Gimritzer Damm zur Einmündung Blücherstraße und am Hubertusplatz in Höhe der Einmündung Am Heiderand Linksabbieger die Gleisanlagen überqueren müssen. Während der Nachtstunden sei die Ampelanlage am Gimritzer Damm auf die Dreifarbenschaltung eingeschaltet und die Anlage am Hubertusplatz dauergelb blinkend.

Da es sich um die gleiche verkehrliche Situation handelt, fragte er nach dem Grund der unterschiedlichen Regelungen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Kieslich, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zu beschädigten Straßenlaternen auf dem Marktplatz

Herr Kieslich fragte an, wann mit einem Ersatz der beschädigten Straßenlaternen auf der Westseite des Marktplatzes zu rechnen ist.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, zu einem Verkehrsschild

Herr Hopfgarten bezog sich auf seine Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 16.07.2014 zu einem Verkehrsschild in der Gottfried-Keller-Straße, welches plötzlich fehlte.

Er habe zwar eine Antwort von der Verwaltung erhalten, in dieser wurde jedoch von einer Überprüfung der Situation im Bergschenkenweg gesprochen.

In diesem Zusammenhang erläuterte er noch einmal, dass das in der Gottfried-Keller-Straße fehlende Parkverbotsschild für die Gartenfreunde bedeutete, dass sie dort nicht mehr parken durften.

Das Parkverbotsschild befand sich an der Ecke Bergschenkenweg in der Gottfried-Keller-Straße und das eingeschränkte Halteverbot wurde nach 50 Metern durch ein weiteres Schild wieder aufgehoben. Da das zweite Schild fehlte, galt das Verbot ca. 150 Meter weiter bis zum nächsten Weg.

Er berichtete weiter, dass er vom Leiter der Abteilung Sicherheit die Information erhalten habe, dass die Situation geprüft wurde und das Schild aus Sicherheitsgründen entfernt werden musste. Vier Tage später sei das Verkehrsschild jedoch wieder angebracht gewesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass es sich eventuell um ein Missverständnis gehandelt habe und sagte eine Klärung und Bearbeitung der Angelegenheit zu.

Anfrage Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, zu Unfällen Feuerwache/Richard-Paulick-Straße

Herr Eigendorf berichtete darüber, dass die Kreuzung zwischen den Straßen An der Feuerwache und Richard-Paulick-Straße von vielen Bürgerinnen und Bürgern als gefährlich eingestuft werde. Aus diesem Grund fragte er an:

1. Welche Erkenntnisse hat die Stadtverwaltung über Unfälle an besagter Kreuzung?
2. Wie bewertet die Stadtverwaltung die Situation an besagter Kreuzung?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung zur Entschärfung der Kreuzung?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Eröffnung eines Spielplatzes

Frau Wolff fragte nach, wann der Spielplatz an der kleinen Thaliawiese eröffnet wird.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass er die schon an Herrn Krause gegebene Antwort zum gleichen Thema auf Aktualität prüfen und diese dann den Stadträten zuleiten wird.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Sitzungen des Eigenbetriebes Kita

Herr Scholtyssek fragte nach, wann die nächste Sitzung des Eigenbetriebes Kita stattfindet.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Martha-Brautzsch-Straße/Zebraastreifen

Frau Wolff informiere darüber, dass in der Martha-Brautzsch-Straße auf der Höhe des Springbrunnens die ganze Straße rechts und links zugeparkt sei und es vor allem für die Schulkinder schwierig wäre, dort über die Straße zu gehen. Sie regte an zu prüfen, ob die Anbringung eines Zebrastreifens in diesem Bereich möglich wäre.

zu 12.2 Anregung Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Haus der Bürgerbewegung

Frau Wolff regte an, in der Großen Klausstraße ein rotes Informationsschild für Touristen anzubringen, um auf den Standort des Hauses der Bürgerbewegung hinzuweisen.

zu 12.3 Anregung Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Haushaltsberatungen

Bezugnehmend auf die Diskussion zu den Haushaltsberatungen regte **Herr Wolter** an, dafür Sorge zu tragen, im Dezember 2014 noch weitere Termine dafür vorzuhalten und den Stadträten einen veränderten Sitzungsplan vorzulegen.

zu 12.4 Anregung Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, zu Ortsausgangsschildern

Herr Hopfgarten regte an, das Ortsausgangsschild im Franzosensteinweg besser befestigen zu lassen, da es schon mehrfach gestohlen bzw. entfernt wurde.

zu 12.5 Anregung Herr Senius, SPD-Fraktion, zum Haushalt

In Bezug auf die Ausführungen zur Haushaltsplanung über das Auslaufen der Bürgerarbeit gab **Herr Senius** den Hinweis, dass es ein Anschlussförderprogramm unter etwas anderen Konditionen und Voraussetzungen geben wird. Er wies darauf hin, sich frühzeitig damit auseinanderzusetzen und in die Planungen aufnehmen.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, verlas den Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Hiermit beantragt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Akteneinsicht in die Klageschrift der SWH und HAVAG gegen die Ablehnung des Abrissantrages Künstlerhaus 188.
Begründung: Da die Stadt eine Stellungnahme verfasst hat, muss die Klageschrift Bestandteil der Akte sein.“

Es lagen keine weiteren Anträge vor und **Herr Lange** beendete die 2. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin